

GLOBAL PASSPORT



PAPIERE FÜR ALLE

CampReader

mit Kalender



Hamidur ist tot

*27.11.1976 Bangladesh † 3.5.2008 Idar-Oberstein

Wenn Du dies liest, bin ich nicht mehr in dieser Welt. Mein Pech in dieser verrückten Welt war, dass das inhumane System mich nicht mehr leben ließ. Ich bin nun frei von allen inhumanen Regeln und Regulierungen, frei von Gefängnis und Depression. Ich werde kein gültiges Stück Papier mehr brauchen, das die Leute „Ausweis“ nennen. Es ist mein letzter Traum, dass eines Tages eine „Global ID“ weltweit gültig ist, und dass in allen Ländern die Menschen zusammenleben ohne Grenzen und ohne Pässe. Mein Tod ist meine Antwort gegen alle inhumanen Systeme und für die Einführung der „Global ID“ in dieser Welt.

Hamidur Rahman, seit 2004 in Deutschland um Asyl bittend

Wir klagen.

Wir klagen an.

Wir trauern mit seinen Angehörigen.

Brot & Rosen, Diakonische Basisgemeinschaft, Hamburg, und viele FreundInnen

*Die Trauerfeier fand am Sonntag, den 25. Mai 2008,
im Ev. Martin-Luther-King-Kirchengeheimdezentrum in Hamburg-Steilshoop, statt.*



Warum in Hamburg?

Hamburg organisiert Abschiebecharterflüge für die Europäische Union, seit 2004 mindestens acht Mal in afrikanische Länder

Die Hamburger Ausländerbehörde hat seit Januar 2008 zwei neue „Stabstellenfunktionen für Controlling und internationale Zusammenarbeit“ u.a. für die Organisation solcher Charterflüge eingerichtet, z.B. zusammen mit der Fluggesellschaft „Hamburg International“

Sowohl bei solchen Sammelabschiebungen als auch bei „Identifizierungen“ von Flüchtlingen zwecks Ausstellung von Reisepapieren ist seit einiger Zeit auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex beteiligt. Allein 2008 will Frontex 8-10 auf EU-Ebene koordinierte Charterabschiebungen mitorganisieren, davon sicher wieder einige ab Hamburg.

Frontex führt zur Schulung seines Personals auch Lehrgänge in der Bundespolizeiakademie Lübeck in der Nähe von Hamburg durch.

Das Camp

Das AntiraSommerCamp 08 stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen, antirassistischen Kämpfe gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas, der vergangenen Grenzcamp, NoLagerTouren und unseres Widerstandes in Heiligendamm. Im Mittelpunkt soll dabei die große Flughafen-Besetzungs-Demo stehen.

Wir FLUTEN den Hamburger Airport. Egal wie, mit was, durch wen und ob adrett im Smoking, touristisch mit Rollkofferchen, laut durch Soundanlage, authentisch mit Flugticket, plakativ mit Transpis, wütend mit Sonnenbrille, bunt als Clowns. einfach ganz-so-wie-du.es.willst. FLUTEN ...heißt kreativ sein, ...heißt den Flughafen irgendwie lahm legen, so lange wie wir können, ... heißt den Flughafen tränken mit literweise widerständischer Phantasie, ...heißt FLUTEN.

Außerdem fahren wir zum Frontex-Ausbildungszentrum nach Lübeck; werden ihnen unsere Wut zeigen, sie der Öffentlichkeit bekannt machen, ein Zeichen setzen.

Wir rücken sie ins Rampenlicht!

Wir stören die SachbearbeiterInnen bei ihrer Arbeit in der Hamburger Ausländerbehörde und der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung; heben sie aus der Anonymität.

Wir geben ihnen Gesichter!

Unsere laute Präsenz soll an große und kleine Ohren der „weltoffenen Metropole“ dringen; zum Stadtgespräch werden.

Wir bringen uns lautstark in die City!

Außerdem ist Raum da für Workshops, Diskussionen, Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Quatschen, Planen, Subkultur... Raum für uns von uns mit uns in einem herrschaftsfreien Rahmen... außerdem Ausgangsbasis für allerlei Aktionen, so wie wir es wollen.

WIR sind ich, du, >alle<, wir, ihr, sie und alle unsere FreundInnen

Sofortige Schließung aller Lager!

Gegen den rassistischen Normalzustand!

Für Dekonstruktion von Nationen und Grenzen!

Uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für ALLE



MD: 4:30
SA: 6:01
AD: 20:46
SU: 22:16



roll over fortress europe

Samstag/Saturday

16
August

Übrigens: zur gleichen Zeit und - wenn möglich - am gleichen Ort wird ein Klima-Camp stattfinden, das u.a. Kohlekraftwerk, -hafen und Vattenfall zu Aktionszielen machen will. Die Vorbereitungs-Prozesse und Aktionsplanungen beider Camps werden jedenfalls so aufeinander abgestimmt, dass die Potentiale einer gemeinsamen Mobilisierung best möglichst zur Geltung kommen.

Ausgrenzung und Kontrolle gegen Flüchtlinge und MigrantInnen

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex koordiniert an den Außengrenzen der EU eine immer schärfere Militarisierung der Menschenabwehr. Allein im Jahr 2006 starben mindestens 6.000 Flüchtlinge auf dem Meer rund um das Urlaubsparadies der Kanarischen Inseln (12 Mio. Touristen jährlich). Auch bei Sammelabschiebungen und Identifizierungen von Flüchtlingen zwecks Ausstellung von Reisepapieren ist Frontex beteiligt.

An der deutsch-dänischen Grenze werden Taxifahrer festgenommen, weil sie die Pässe ihrer Fahrgäste nicht kontrollierten. Die Abschottungsmaßnahmen im Atlantik, dem Mittelmeer und an der grünen Grenze Richtung Osten sind Teil der Vorverlagerungen der Kontrollen, die von verschärften Visabestimmungen bis hin zu Abfanglagern in der Ukraine oder Nordafrika reicht.

Dem Kontrollwahn an den Grenzen entspricht eine ständig fortschreitende Überwachung und Datenkontrolle im Inneren - wenn PatientInnen und SchülerInnen zentral erfasst werden, bedeutet dies für Papierlose eine massive Einschränkung ihrer Möglichkeiten unentdeckt zu bleiben. Aber auch Flüchtlingen und MigrantInnen mit Papieren wird durch Sondergesetze, rassistische Kontrollen und Angriffe ihre Ausgrenzung immer wieder brutal vor Augen geführt. Mit dem Status der Duldung wird den Entrechteten ihre Bewegungsfreiheit auch im Inneren durch die rassistische Residenzpflicht aberkannt, weil ihnen die Entscheidungsfreiheit über ihren Wohnort abgesprochen wird.

Am Ende dieser Kette steht die Abschiebung, die immer perfektionierter, unsichtbarer und geschäftstüchtiger betrieben wird. Nachdem die Abschiebungen in Linienfliegern (z.B. mit der Abschiebe-gesellschaft Lufthansa) immer wieder durch Widerstand, praktische Solidarität und Öffentlichkeit verhindert oder publik gemacht werden konnten, spezialisieren sich nun kleinere Gesellschaften auf das Geschäft mit der Abschiebung. Damit soll der Widerstand der Abgeschobenen, ihrer Communities und solidarischer Menschen erschwert und vor allem immer weiter einem kritischen Blick der Öffentlichkeit entzogen werden.

So ein Camp finanziert sich in so einem Deutschland nicht von allein; für die Vorbereitungsgruppe wird vieles leichter, wenn Spenden und Unkostenbeiträge (5Euro/Tag) schon vorab auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Rurban Culture e.V.

Kt: 1228133045
BLZ 200 505 50
Stichwort: fluten3.0

Mehr Infos auf:
<http://camp08.antira.info>





MD: 4:30
SA: 6:01
AD: 20:46
SU: 22:16

Was wäre wenn...

...das Recht auf Bildung mehr wert ist als Abschiebedrohungen; Kinder zur Schule gehen können ohne befürchten zu müssen, denunziert und stigmatisiert zu werden?

Was wäre wenn...

...es eine Gesundheitsversorgung für alle gibt, die nicht nach Papieren fragt? Wenn der hippokratische Eid mehr zählt als das Ausländergesetz?

Was wäre wenn...

...gleiche Arbeitsrechte für alle gelten und jedEr frei wählen kann, ob und was sie oder er arbeiten möchte?

Was wäre wenn...

...die Legalisierung von Immigrantinnen und deren Familienangehörige erkämpft wird?

Was wäre wenn...

...Befreiung von Überwachung unsere Antwort auf Repression und Sicherheitswahn ist?

Was wäre wenn...

...globale Bewegungsfreiheit Grenzen ersetzt?

Was wäre wenn...

...Solidarität rassistische Vorurteile ablöst und Menschen in der Sprache reden, dem Glauben folgen, die Kultur leben können wie, wo und wann sie wollen? ...wenn Menschen das Geschlecht lieben können, das sie wollen?

Selbstbestimmung statt Integration!

Das wäre dann!

Eine Welt, die die Vergangenheit niemals vergisst, mit der Gegenwart bricht und mit einem Lachen in eine andere Zukunft geht.

Eine andere Welt, in der Wir alle solidarisch miteinander leben, ohne Ausgrenzung und Ausbeutung, ohne Rassismus und Sexismus, ohne Nationen, ohne Herrschaft, ohne Diskriminierung, eine Welt ohne Strukturen, in denen das physische und psychische Sterben an der Tagesordnung liegt und der Status Quo weiter Seelen und Körper zerschlägt.

Wir fechten kleinere und größere Kämpfe, wir fechten auf unterschiedlichen Ebenen:

Wir wollen zunächst, dass alle Zugang zu allen Rechten haben. Gemeinsam!

Gleiche Rechte für alle

Aber wir entlarven auch genau diese Rechte als unzureichend und als Versuche, uns ruhig zu stellen.

Alles muss anders werden!





Liebe Leute,

Zusammen werden wir eine Woche in und um Hamburg verbringen, miteinander diskutieren, Gedanken austauschen, Aktionen gegen eine rassistische Politik und gegen einen rassistischen Alltag entwickeln und durchführen, eine lebenswerte Zukunft für alle entwerfen. Die Schwerpunkte dieses Camps liegen beim rassistischen Alltag, bei den Bedingungen in Sammelunterkünften, bei der Selbstorganisationen von Flüchtlingen, bei der neuen Verschärfung der Abschiebepolitik und nicht zuletzt bei der Rolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zur Abwehr von unerwünschter Einwanderung an den EU-Außengrenzen. Ein Klima-Camp läuft parallel, und da die Klimaveränderung und deren ökonomische und ökologische Folgen in Zeiten der Globalisierung eine bedeutende Fluchtursache darstellen, wollen wir gemeinsame Aktionen durchführen.

Dieser Reader setzt sich aus Beiträgen von aktiven Gruppen zusammen: FLASH, Flüchtlingsforum Lübeck, Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Flüchtlingsrat Hamburg, Karawane München, Gruppe Sand, Horst-AG, kein mensch ist illegal, nolager bremen, The VOICE Jena... sowie von Einzelpersonen. Der Reader folgt dem Ablauf der Woche und ist nach dem Programm geordnet, also tageweise.

Die relevanten Adresse, das Programm und wichtige Links findet Ihr am Ende des Readers.

Viel Spaß bei der Lektüre und bei den Aktionen!

Die Reader-Redaktion
gegen den rassistischen Normalzustand



Figure 1



Figure 2



Figure 3



Figure 4





Selbstorganisation von Asylsuchenden

The power of argument and not the arguments of power

Die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB)

Die Flüchtlingsinitiative Brandenburg wurde wegen der schlechten Lebensbedingungen, denen Asylsuchende im Bundesland Brandenburg und in ganz Deutschland ausgesetzt sind, gegründet. Die rassistische Stimmung mündet in Gewalt, Ausgrenzung und Tod der Asylsuchenden und MigrantInnen. Seit der Gründung der FIB organisieren wir als Asylsuchende ganz unterschiedliche Aktionen, Konferenzen, Events und schreiben Memoranden. Durch diese verschiedenen Aktivitäten sind wir Aktive im Kampf geworden und nicht länger Abhängige: Wir sind Subjekte und nicht länger Objekte.

Wie die FIB sich gründete:

Nach langen und zahlreichen Debatten unter den Asylsuchenden in der brandenburgischen Stadt Rathenow, wie wir mit den schlechten Lebensbedingungen und der rassistischen Stimmung umgehen können, kamen wir zu dem Ergebnis, das lautete „The power of argument and not the arguments of power“. Damit meinen wir, Asylsuchende zu ermutigen und zu stärken, Demonstrationen durchzuführen und uns mit anderen Gruppen, mit denen wir gemeinsame Positionen teilen, zu vernetzen. Nach der Gründung reisten die Asylsuchenden aus Rathenow in andere Flüchtlingsheime in Brandenburg und sprachen mit ihnen, um eine Struktur unter dem Motto „Together we stand“ aufzubauen. Das hat dazu geführt, dass in der FIB Menschen aus vielen verschiedenen Flüchtlingsheimen in Brandenburg und darüber hinaus organisiert sind.

Die Gruppenstruktur

Die FIB hat eine klar umrissene Struktur und ist damit seit Jahren erfolgreich, die Asylsuchenden zusammen zu halten und, wann immer nötig, die Mitglieder zu mobilisieren. Wir haben VertreterInnen in den verschiedenen Flüchtlingsheimen, wir treffen uns jeden Dienstag mit den VertreterInnen und diskutieren, welches die brennenden Themen auf den verschiedenen Ebenen sind und welche Maßnahmen wir ergreifen wollen. Wir trafen uns eine Zeitlang einmal im Monat zu einer Hauptversammlung. Das haben wir aber aufgelöst, da wir uns wöchentlich treffen und einfach mit unseren KollegInnen in Kontakt kommen können.

MD: 4:32
SA: 6:03
AD: 20:43
SU: 22:14



Community Festival

Sonntag/Sunday

17
August

Methoden unseres Kampfes

Wir haben eine „Three Prong“ (Drei Zacken) Strategie. Der erste Zacken ist, unsere eigenen Aktivitäten als Asylsuchende zu organisieren und PartnerInnen als UnterstützerInnen dazu einzuladen, der zweite Zacken ist, unsere PartnerInnen zu unterstützen, wenn sie Aktionen durchführen und der dritte, mit den PartnerInnen zusammenzukommen und gemeinsame Events und Aktionen durchzuführen. Ein Beispiel dafür ist das antirassistische Camp im August in Hamburg.

Wir haben vor kurzem einen Film gedreht, der die speziellen Probleme, denen Schwarze in Brandenburg und in Deutschland insgesamt ausgesetzt sind, beschreibt. Sport, Theater, Kampagnen, Konferenzen und Demonstrationen sind Mittel bei unseren Kämpfen.<





EU-Binnenmigration

AuswandererInnen sind Fliehende mit gültigem Pass

50.000 illegale Deutsche in Griechenland

Wie mehrmals im Jahr sitze ich im Flieger und nutze die Zeit über den Wolken und den Abstand zur Erde, um etwas Erdung in mein Chaos zu bringen. Zufällig bin ich eine privilegierte Migrantin aus einem EU-Land. Ich fliege hin und her, erledige in zwei Ländern das, was Andere nur in einem tun. Wer viel fliegt, weiß, wie viele es wie mich gibt in der Welt.

Reisende zwischen den Welten.

Gestern saßen wir im Cafe an einem Platz in Athen, als zwei junge Afghanen, die wir aus Patras kannten, plötzlich auftauchten. Sie waren vollkommen erschöpft und ihre Gesichter und Hände voller Ruß, als ob sie in einen Schornstein gefallen wären. Pech hatten sie gehabt, als sie aus Patras sich unter einem Lkw versteckten in der Hoffnung auf die Fähre nach Italien zu kommen. Wie öfter ging die Fahrt aber in die andere Richtung: raus aus dem Hafen, Richtung Athen, und endete da, wo wir ausgerechnet gemütlich am Kaffeetrinken waren.

Parallelwelten

Selten kommt es vor, dass die Menschen sich kennen und austauschen. Als vor ein paar Jahren in Griechenland eine Volkszählung stattfinden sollte, kamen wir zu einer Veranstaltung im Goethe Institut von Athen, die Deutsche, die in Griechenland leben, organisiert hatten, um sich zu beraten, wie sie mit der Volkszählung umgehen

sollten. Ein Mann nahm sich das Mikrofon und sagte: „Wir sind 50.000 illegale Deutsche hier, unsere Autos fahren wir mit abgelaufenen Zoll-Kennzeichen, gemeldet sind wir in Deutschland, wir arbeiten manchmal hier, auch ohne angemeldet zu sein. Was machen wir bei der Volkszählung?“

Zum ersten Mal nahm ich Deutsche als eine Minderheit wahr, die sich um ihre Interessen kümmerte. Deutsche als MigrantInnen. Es reicht, den Standort für ein längeren Zeitraum zu wechseln, dann wird jede/r zu MigrantIn .

Vergleichen tue ich schon lange. Zwischen dem, wie es mir geht als EU Migrantin in Deutschland, und allen meine Freundinnen, die in Deutschland als Flüchtlinge angekommen sind, weil sie aus ihren Ländern fliehen müssten. Immer vergleiche ich Reise-Preise: Türkei-Griechenland im





Schlauchboot mit mehreren anderen Menschen nachts bei schlechtem Wetter, inklusive Angriff der Küstenwache, und drei Monate Knast = 1.500,- bis 3.000,- Euro. Die Strecke Türkei-Griechenland kostet mit Pass im Flieger 100,- Euro.

Jedes Jahr wandern 145.000 Deutsche aus, und die Zahl ist jährlich steigend

Es gibt extra Zeitungen, Reiseagenturen und ganz viele Ratschläge, die die Reise erleichtern und wie, ohne seine Vorteile in Deutschland aufzugeben, man den Versuch unternehmen kann, in einem anderen Land seiner Wahl ein neues Leben anzufangen: die wirkliche Autonomie der Migration.

Die Menschen wandern aus, ohne Not, sondern aus der Überlegung heraus, dass für sie persönlich das Leben woanders besser sein könnte.

Flüchtende Menschen fliehen genau mit dieser Hoffnung. Das, woanders zu finden, was sie verloren haben oder nie hatten: Frieden und Arbeit und ein schönes Leben für sich und seine Kinder. Aber Fliehende dürfen in Europa nichts hoffen. Auch nicht ankommen.

Sie, die das am meisten brauchen, sollten da bleiben, wo sie geboren sind, und im Krieg oder vor Hunger sterben.

Europäische AuswandererInnen sind Fliehende mit Pass

Allein in Österreich gibt es mehr deutsche Gastarbeiter als türkische: insgesamt über 50.000. Europa hat schon lange die Grenzen dicht

gemacht und versucht jetzt auch noch die Menschen, die schon da sind, wegzuschicken. Kinder, die hier aufgewachsen sind, hier zur Schule gehen, Deutsch als erste Sprache sprechen, sind auch nicht erwünscht. Sie werden nachts abgeholt und abgeschoben in Länder, die sie nicht kennen, von denen ihre Eltern geflohen sind, auch um ihnen eine bessere Zukunft zur ermöglichen. Das heißt, dass sie zum Teil schon 15 Jahre hier sind und trotzdem im Transit leben, in Unterkünften leben müssen, nicht arbeiten dürfen und gezwungen werden, auf Kosten des Staates zu leben, indem ihnen verboten wird zu arbeiten.

Würden all diesen Menschen einen Aufenthalt bekommen, könnten Sie auch lernen, arbeiten und in Würde gleichberechtigt hier leben.

Vielleicht sollte Mathe Pflichtfach für ParlamentarierInnen werden

So ganz einfache Aufgaben wie: 145.000 Deutsche wandern jährlich aus, die Zahl ist steigend; 126.676 geduldete Personen gibt es in Deutschland 2008; in wie vielen Jahren hätten die geduldeten Menschen, wenn sie einen Aufenthalt erhalten hätten, die Ausgewanderten ersetzt?

Statt Geschäfte mit Abschiebungen zu machen. Wie die Westtours GmbH mit Sitzen in Koblenz, Bonn und Berlin, die sich neben Australien auch auf Afrika-Reisen spezialisiert hat und parallel in Deutschland für die Bundespolizeidirektion Koblenz als Reiseagentur für Abschiebungen arbeitet. Oder wie Hamburg International, die Abschiebungen nach Afghanistan durchführt und auf dem leeren Rückflug verletzte afghanische



Kinder in Krankenhäuser in Deutschland mitnimmt und dafür auch noch einen Preis für humanitäre Hilfe bekommen hat!

Statt Taxi- und Lkw-Fahrer sowie Kapitäne zu kriminalisieren, weil sie bewusst oder unbewusst Menschen in Not geholfen haben, und sie zum unbezahlten Arm der Frontex machen zu wollen; statt all dieses Unsinnis :

Das, was für uns EuropäerInnen gilt, sollte für Alle gelten! Alle Menschen sollten selber aussuchen können, wo und wie sie leben wollen.

Global rights and borders wrong!

PS: Der Begriff Deutsche kann beliebig getauscht werden mit: FranzöslInnen, HolländerInnen ItalienerInnen usw., also Staatsangehörige aus den Alt-EU-Staaten.





Deutschland – Lagerland I

Wohnungen für Flüchtlinge!

Das Lager Horst in Mecklenburg–Vorpommern

Im Lager Nostorf–Horst befindet sich die Zentrale Erstaufnahme und die Landesgemeinschaftsunterkunft des Landes Mecklenburg–Vorpommern. Es liegt an der Elbe fern ab von jeder größeren Stadt und damit von notwendiger Infrastruktur wie Beratungsstellen, RechtsanwältInnen, Schulen, ÄrztInnen, Krankenhäusern etc. Seit Ende September 2006 wird das Lager Horst - nach der Schließung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Hamburg - auch für die Erstunterbringung von Flüchtlingen aus Hamburg genutzt. Offiziell sind dort von 650 Plätzen 350 für Hamburg reserviert, die tatsächliche durchschnittliche Belegung mit Flüchtlingen aus Hamburg beträgt allerdings nur max. 30 Personen.

Mindestbelegung durch Hamburg

Die Auslagerung der Erstaufnahme war dem politischen Willen verschiedener Hamburger Senate geschuldet, die Flüchtlinge unsichtbar zu machen und in „möglichst unattraktiven Rahmenbedingungen“ und „nicht citynah“ unterzubringen. Flüchtlinge sollen in Hamburg keinen Fuß fassen und werden deswegen ausgegrenzt und isoliert in der „Wohnaußenstelle“ Horst. In dem im April 2008 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL wird nun die Absicht bekundet, dass die



„Unterbringung neu eingereister Flüchtlinge „in Zukunft in Hamburg erfolgen“ soll und dass „die vorzeitige Beendigung der Beteiligung an der Aufnahmeeinrichtung“ angestrebt werde. Dazu wolle man in Verhandlungen mit Mecklenburg–Vorpommern treten. Bis zum Ende der Beteiligung werde man nur noch die vertraglich vereinbarte Mindestbelegung von 30 Plätzen nutzen. Ob sich die Koalitionäre tatsächlich an ihre eigenen Vereinbarungen halten werden, oder ob die Rückverlagerung der

Erstunterbringung nach Hamburg doch erst nach der Vertragslaufzeit von sechs Jahren 2012 erfolgen wird, bleibt abzuwarten.



Home auf weg



Schließung aller Lager!

In Mecklenburg–Vorpommern - wie auch in allen anderen Bundesländern - gehen die Zugangszahlen von neu ankommenden Flüchtlingen dramatisch zurück. Viele dezentrale Flüchtlingsunterkünfte sind nicht mehr ausgelastet und werden geschlossen. Aus diesem Grund gibt es in einigen Bundesländern die Tendenz, Flüchtlinge zentral in abgelegenen Großlagern unterzubringen. Die Befürchtung von FlüchtlingsaktivistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern ist nun, dass das Lager Nostorf-Horst – am äußersten Rande an der Landesgrenze gelegen - in Zukunft die Funktion einer solchen zentralen Einrichtung haben wird. Da Flüchtlinge in Deutschland der Residenzpflicht unterliegen, dürfen sie nicht ohne Genehmigung der Behörden ihren Landkreis verlassen, was ihre gesellschaftliche Isolation noch mehr verstärkt.

Wir setzen diesem unsere Forderung nach Schließung aller Lager und Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen entgegen. Schluss mit allen Formen von institutionellem Rassismus, Ausgrenzung und Entrechtung!

Wir wollen im Rahmen des AntiraSommerCamps 08 die Isolation der Flüchtlinge in Horst durchbrechen und die Residenzpflicht unterlaufen, indem wir sie einladen an unserem Camp teilzunehmen, sie dort abholen und mit nach Hamburg nehmen.<



Deutschland – Lagerland II

Schimmelpilze abschieben!

Der Kampf der Flüchtlinge aus Katzhütte in Thüringen

Im Februar 2008 wandten sich mehrere Flüchtlinge aus der „Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber“ Katzhütte/Thüringen hilfeschend an eine Versammlung von The VOICE Refugee Forum, welche zu diesem Zeitpunkt gerade in Jena tagte. Sie suchten nach Unterstützung, um die unsäglichen Zustände im dortigen Barackenlager sowie die Willkür von Behörden und Lagerleitung öffentlich zu machen und zu bekämpfen. The VOICE diskutierte die „Syrian Family-Campagne“, so dass auch die Katzhütte mit dieser kombiniert wurde, wie in Bremen, Hamburg, Berlin.

Ein abgelegenes Barackenlager

Konkret handelt es sich um ein altes DDR-Sommerferienlager aus den 60er Jahren zur nunmehr ganzjährigen Unterbringung von Asylbewerbern mit jährlich überpinseltem Schwarzsimmel in zwei Bungalows, undichten Dächern, teils daumenbreiten Rissen in den Wänden, aufsteigender Feuchtigkeit, fehlender Isolation, einer überalterten bzw. überlasteten Warmwasseranlage, welche nach dem Duschen von mehreren der 88 HeiminsassInnen nicht mehr genügend Heizleistung produzieren konnte. Es handelt sich auch um den teils mehrere hundert Meter langen Weg zu und von den Gemeinschaftsduschen bzw. der Gemeinschaftsküche, um mangelnde Bereitstellung von Toilettenpapier, um Schikanierung durch die

Heimleiterin und Verletzung des Postgeheimnisses sowie der Privatsphäre, um willkürlich verzögerte Herausgabe von Behandlungs(gut)scheinen bei Krankheit, um Nichtbearbeitung von Anträgen und Verdrehung von Tatsachen durch die zuständige Ausländerbehörde Saalfeld/Rudolstadt, um den langen (1,5 h Zugfahrt) und kostenpflichtigen Anreiseweg zur Behörde in Saalfeld, um ein Gutscheinsystem mit zweimaliger „Auszahlung“ pro Monat und beschränkter Einkaufsmöglichkeit in Katzhütte, um Residenzpflicht sowie Nichtgewährung von Arbeitserlaubnissen und Bleiberechten trotz jahrelangen Aufenthaltes in Deutschland.

Öffentlichkeitsarbeit

Nach der Veröffentlichung dieser Zustände im Internet, in der lokalen und überregionalen Presse sowie im Landesfernsehen und einer offenen Einladung der interessierten Öffentlichkeit ins Lager am 11.03.08 (dieser Termin wurde auf einem VOICE-Treffen in Jana beschlossen mit der Perspektive auf eine Fax-Kampagne für die Schließung des Lagers) reagierte das zuständige Landratsamt Saalfeld/Rudolstadt mit einer Pressemitteilung und der Ausübung des Hausrechtes. Als weiteres Ergebnis dieser Öffentlichkeitsarbeit entstand die erste überregionale Reportage in der „taz“.





Die Strategie der zuständigen Behörden bestand und besteht in einer reflexartigen Verharmlosung der realen Zustände, einer offensiven Vertuschung eigener Versäumnisse und der Verleugnung von möglichen Handlungsspielräumen bei gleichzeitig gebetsmühlenartigem Verweis auf gehorsamen Weisungsvollzug sowohl innerhalb der Behörde als auch bei den übergeordneten Landes- und Bundesautoritäten. Diese Reaktionsweisen sind nicht neu, jedoch nicht weniger destruktiv, – weder für die Betroffenen noch für die engagierte Öffentlichkeit.

In Kooperation mit und mit finanzieller Unterstützung der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen wurde bundesweit eine Fackelkampagne organisiert, welche eine Unterschriftensammlung der Katzhütter Flüchtlinge in Saalfeld unterstützen sollte. Es konnten dem Landratsamt am 31. März ca. 300 Unterschriften übergeben werden. Gleichzeitig wurde der zuständigen Landrätin in Saalfeld, Frau Marion Philipp (SPD), eine Bitte um Stellungnahme übersandt, die nie beantwortet wurde.

Wohl aber fand sich Frau Philipp nunmehr bereit, mit den ebenfalls involvierten deutschen Flüchtlingsverbänden und -betreuungsorganisationen (Flüchtlingsrat Thüringen e.V. und REFUGIO Thüringen e.V.) in einen „Dialog“ einzutreten, welcher im Nachhinein durch massive Verdrehungen der Tatsachen in einer von der Pressestelle vom Landrat lancierten Meldung nur noch weitere berichtigende Reaktionen der beteiligten Vertreter nach sich zog.

Am gleichen Tag wurden die amtlichen Antragsformulare der protestierenden Flüchtlinge durch die beteiligten Flüchtlings(hilfs)organisationen dokumentiert und aktualisiert, um den Behörden die Augen für

weiterführende humanitäre Argumentationshilfen und Lösungsvarianten öffnen zu helfen.

Die durch die Saalfelder Unterschriftensammlung und die schon länger anhaltende, kontroverse Berichterstattung über ihren Landkreis aufmerksam gewordenen BürgerInnen und AktivistInnen der Stadt riefen nun ihrerseits zu einer Kundgebung und Demonstration unter dem Motto: „Abschiebung oder Schimmelpilze – wer die (keine?) Wahl hat, hat die Qual“ bei ausdrücklicher Unterstützung der Forderungen der Katzhütter Flüchtlinge auf. Bei dieser Kundgebung hatten die Flüchtlinge nun zum zweiten Male die Möglichkeit, ihrem Protest öffentlich und diesmal auch im Angesicht der Behördenresidenz lautstark und nachhaltig Gehör zu verschaffen.

Katzhütte ist kein Einzelfall

Vor dem Hintergrund, dass Katzhütte keineswegs einen Einzelfall im Umgang mit Flüchtlingen in Thüringen oder in Deutschland darstellt, ergab sich die Notwendigkeit für einen Erfahrungsaustausch von Asylbewerbern aus verschiedenen Lagerstandorten, zu dem vom 25. bis 27.04.2008 in Jena und Katzhütte eingeladen wurde. Im Rahmen dieses Aktionswochenendes kam es auch zu einem Solidaritätsbesuch der TeilnehmerInnen im Lager Katzhütte, welcher durch die Behörde versucht wurde in Saalfeld durch einen verstärkten Sicherheitsdienst zur Durchsetzung eines „Hausverbotes“ zu verhindern. Die Erfahrungen und Erlebnisse der verschiedenen FlüchtlingsvertreterInnen wurden dokumentiert und die Erstellung einer Informationsschrift für Flüchtlinge in Deutschland (Asylpolitik Deutschlands und Rechte von AsylbewerberInnen) vereinbart.





Darüber hinaus wurde die Benennung der zuständigen BetreiberIn vieler Asylbewerberheime in Ostdeutschland und Niedersachsen (K&S Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung GmbH&Co.KG mit Sitz in Sottrum bei Bremen) als weiterer Adressat für die Proteste durch das Netzwerk beschlossen.

Da das Landratsamt anlässlich der ersten Demonstration in Saalfeld vollmundig versprach, alle baulichen Unzulänglichkeiten bis Ende April zu beseitigen, wurde eine entsprechende Anfrage bezüglich Katzhütte formuliert – genau wie die erste Anfrage wurde auch diese mit keiner Antwort gewürdigt. Interessant ist jedoch, dass der bisher zuständige Fachdienstleiter Jugend und Soziales Dr. Jörg Fischer aus Gewissensgründen zurückgetreten ist, bzw. er hat seinen Probevertrag nicht verlängert.

Druck auf die Flüchtlingssprecher

Im weiteren Ablauf der Ereignisse entschied sich die Ausländerbehörde des Landkreises zunächst dazu, die beiden aktiven Sprecher des Protestes Herrn Mohammed N.S. Sbaih und Herrn Saadad Mustafa Sajren zwangsweise nach Eisenach (Westthüringen) bzw. Greiz (Südostthüringen) zu verlegen. Der Protest war vielschichtig, und Rechtsanwalt Bertram Fritzenwanker aus Saalfeld, der zwischenzeitlich die Vertretung von neun Katzhütter Asylbewerbern übernommen und entsprechende Hintergrundgespräche mit der Landrätin Frau Marion Philipp (SPD) geführt hatte, erstattete aufgrund dieser erneuten Willkürmaßnahme Strafantrag im Namen seiner Mandanten.

Die „Gemeinschaftsunterkunft“ Katzhütte wurde zu einem wahrhaft „Potemkinschen Dorf“ umgestaltet: Die meisten Familien mit Kindern hatten Angebote der Behörde, in städtische Asylbewerberunterkünfte des Landes Thüringen umzuziehen, nicht ablehnen wollen; das Dach eines Bungalows wurde mit Wellblech „neu gedeckt“, Risse in den Außenwänden zugeschmiert und schließlich der Schwarzsimmel schnell mit Farbe überpinselt... und nun konnte endlich ein seit Februar angemahnter Begehungstermin mit der Landessprecherin der Grünen, Frau Astrid Rothe-Beinlich, durchgeführt werden. Und wieder bestätigt sich die Hinterhältigkeit des Landratsamtes in seiner Außendarstellung – sämtliche Protestparteien und sogar der zuständige Pfarrer wurden ausdrücklich eingeladen.

Der vorerst letzte Coup in der Abfolge der Repressalien gegen die protestierenden Flüchtlinge aus Katzhütte war die Abschiebeankündigung gegen SprecherInnen der Flüchtlinge von Katzhütte vom 19.05.2008 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, welche jedoch am 20.5.2008 per Eilentscheid des Verwaltungsgerichtes in Meiningen zunächst aus formalen Gründen untersagt wurde.<

Die Forderungen und Darstellung der Ereignisse sind auf der Web-Seite von The VOICE dokumentiert: <http://thevoiceforum.org>

Spenden werden dringend benötigt, um den Protest weiterzuführen:

*Förderverein
The VOICE e.V.,
bei Sparkasse Göttingen
Konto: 127 829;
BLZ: 260 500 01
Stichwort: Katzhütte*





Rassistische Polizeigewalt

Handschellen verbrennen!

Schikanen, Kontrollen, Verhaftungen



Es ist eine weithin bekannte Polizeipraxis, an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen „fremd aussehende Menschen“ zu verfolgen. Schikanen an Flughäfen, Verhaftungen unter unmenschlichen Bedingungen und ständige Kontrollen in Zügen, vor dem Hintergrund, dass alle Nicht-Deutschen Asylsuchende oder potentielle Asylsuchende seien, sind an der Tagesordnung und Brutalität ist die Folge. In einem aktuellen Fall in Senftenberg, verhaftete die Polizei Herrn C., um ihn zum Abschiebegefängnis nach Eisenhüttenstadt zu bringen. Bei der Verhaftung schlugen die Polizisten C. gnadenlos und fügten ihm Körperverletzungen zu. Er wurde dann mit den Verletzungen ins Abschiebegefängnis geworfen. Schläge waren schon immer ein Mittel, das deutsche Polizisten anwendeten, um Asylsuchende zum Schweigen zu bringen. Zwar ist Folter in Deutschland offiziell verboten, die häufig brutale Behandlung der Polizei gegen Asylsuchende und MigrantInnen relativiert dies allerdings. Sie werden von öffentlichen Plätzen in Handschellen abgeführt, egal, was sie getan haben. Herr A. aus Togo etwa wurde am Tag seiner Hochzeit in Handschellen zum Standesamt gebracht. Die Handschellen wurden ihm erst abgenommen, als er seine Heiratsurkunde unterzeichnete. Nach der Hochzeit wurde er dann wiederum in Handschellen zum Abschiebegefängnis zurück-





gebracht. Diese Brutalität muss mit aller Macht beendet werden.

Außerdem benutzen deutsche PolizistInnen abfällige Worte, wenn sie über Asylsuchende und MigrantInnen sprechen. Herr F. etwa, ein Mitglied der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, erzählte, dass er während der Fußball-WM an der Friedrich Straße kontrolliert wurde, mit der Erklärung „Wir haben Anweisung, alle zu kontrollieren, die seltsam aussehen“. Er fragte, ob er, weil er schwarz sei, seltsam aussehe. Der Polizist antwortete lapidar: „Wir müssen Euch kontrollieren“. Rassistische Beleidigungen sind völlig normal im Sprachgebrauch deutscher Polizisten. In Folge haben Asylsuchende immer weniger oder gar kein Vertrauen, wenn sie auf Polizisten treffen. Die Polizei hat in zahlreichen Situationen gezeigt, dass sie ihre Aufgabe darin sieht, ihr Land gegen AusländerInnen zu schützen. Ein Beispiel für eine menschliche Katastrophe.

Ein besonders brennender Fall, der sich unauslöschlich in den Köpfen festgesetzt hat, ist der der Gewalt und des Verbrennens von Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau. An diesem Fall kann man die rassistische Mentalität der Polizei erkennen, wenn sie mit AusländerInnen und speziell mit Asylsuchenden konfrontiert ist. Bis heute ist kein gerechtes Urteil gesprochen worden, in dem die Polizisten ihre verdiente Strafe erhalten. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Polizisten Teil der rassistischen Strukturen sind und das Leben von Asylsuchenden und MigrantInnen nicht respektieren. Die Schläge gegen und das Wegschließen von Oury Jalloh und besonders die Drosselung des Alarmsignals, als es brannte - das alles führte zu seinem brutalen Tod und hinterlässt einen schwarzen



zen Fleck auf dem Image der deutschen Polizei bezogen auf MigrantInnen und Asylsuchende und insbesondere Schwarze, die in Deutschland leben. Ein eindeutiges Beispiel für eine menschliche Katastrophe und für Menschenjagd.<





Ausverkauf sozialer Rechte

Billigware nicht zum Nulltarif

Supermarkt-Ketten weiterhin auf Expansionskurs

Rund um den Globus befinden sich Supermärkte auf dem Vormarsch. Bei Lebensmitteln sind es weltweit nur noch dreißig Supermarkt-Ketten, welche ein Drittel des gesamten Handels abwickeln! Garant des Erfolgs sind in erster Linie Dauertiefstpreise – durchgesetzt von global operierenden Konzernen à la Wal-Mart, Tesco oder Metro. Einziger Haken: Die vielgepriesene Billigware gibt es nicht zum Nulltarif. Vielmehr wäre sie ohne systematische Verletzung sozialer Rechte und ohne Zerstörung ökologischer Ressourcen überhaupt nicht möglich. Ein kurzes Supermarkt-ABC möge verdeutlichen, warum es geht.

Supermarkt-ABC

Stichwort Expansion:

Seit den späten 1980er Jahren sind Supermarkt-Ketten Schritt für Schritt in die Riege der mächtigsten Akteure im globalen Lebensmittelgeschäft aufgerückt. Hintergrund ist die Liberalisierung der weltweiten Dienstleistungsmärkte – insbesondere durch das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS und die EU-Osterweiterung. Erst hierdurch ist eine bis heute anhaltende Expansionswelle im Einzelhandel ausgelöst worden. Der derzeit zweitgrößte Supermarktkonzern – das französische Unternehmen Carrefour – ist etwa mit 12.000 Geschäften in 29 Ländern vertreten,

sein im Ausland erzielter Umsatz beträgt 53%. Am rasantesten ist das Supermarktwachstum bis heute in Osteuropa und Lateinamerika, und auch Asien kann sich dem Sog bereits seit Jahren nicht mehr entziehen. Lediglich in Afrika spielen Supermärkte eine überwiegend marginale Rolle – dennoch sollten erste Expansionsbestrebungen durch Supermarkt-Ketten aus Südafrika und Kenia nicht unterschätzt werden.

Stichwort Verdrängung:

Kehrseite der Expansion sind massive Verdrängungsprozesse: Für einen Arbeitsplatz bei Lidl fallen beispielsweise drei Arbeitsplätze im übrigen Einzelhandel weg, in Vietnam ersetzt eine Arbeitskraft im Supermarkt vier bis fünf StraßenhändlerInnen. Das stiftet nicht nur krasse Verarmungsdynamiken, vielmehr kommt es auch zur Verödung ganzer Stadtteile oder Dörfer und somit zur Zerstörung von Nachbarschaftsnetzwerken – einschließlich des Wegfalls wohnortnaher Versorgungsmöglichkeiten.

Stichwort Preisdiktate:

Mittels Marktmacht setzen Supermärkte ihre ZulieferInnen massiv unter Druck: Im Zuge eines zwischen mehreren englischen Supermärkten ausgefochtenen Preiskrieges um Bananen sind zum Beispiel in Costa Rica die Tagelöhne für ArbeiterInnen auf Bananenplantagen von 12-15 Pfund im Jahr 2000 auf





sieben bis acht Pfund drei Jahre später gefallen. Ähnlich dramatisch ist die Situation in Südspanien, woher ein Großteil des in deutschen Supermärkten verkauften Gemüses stammt: Papierlose ArbeitsmigrantInnen erhalten dort für einen zehnstündigen Arbeitstag gerade mal 20-30 Euro; ihre Behausungen ohne Wasser und Strom spotten jeder Beschreibung.

Stichworte Qualitätsstandards:

Insbesondere im Süden des Globus sind Kleinbauern und -bäuerinnen nicht in der Lage, die von lokalen und nördlichen Supermärkten vorgegebenen „Qualitätsstandards zu erfüllen – was z.B. Farbe und Form des Gemüses oder Verpackungsrichtlinien betrifft. Sie werden folglich immer stärker durch große Plantagenbetriebe verdrängt.

Stichwort Umweltzerstörung:

Je größer und somit industrialisierter landwirtschaftliche Betriebe sind, desto beträchtlicher sind die Schäden an Wasser, Böden und Wäldern – inklusive klimaschädlicher Konsequenzen. Der in der Öffentlichkeit viel diskutierte Einsatz von Pestiziden ist also nur die Spitze des (ökologischen) Eisbergs.

Stichwort Arbeitsbedingungen:

Auch die sozialen Rechte von Supermarkt-Angestellten werden massiv torpediert – ganz gleich, ob es um Entlohnung, Mitbestimmungsrechte, Arbeitstempo oder Ladenöffnungszeiten geht. Das hat nicht zuletzt die Lidl-Kampagne von ver.di unmissverständlich deutlich gemacht.

Alte Widersprüche – neue Bündnisse...

Die kritische Auseinandersetzung mit Supermärkten ruft unweigerlich altbekannte Fragestellungen auf den Plan – etwa Debatten um Bedürfnisse, um Chancen und Begrenzungen von „Fair Trade“ oder um die Frage, wer es sich überhaupt leisten kann, derlei Gedanken zu machen (geschweige denn „fair“ und biologisch einzukaufen). In unseren Augen sind diese Fragestellungen allesamt notwendig und legitim, sie sollten allerdings nicht gegensätzlich diskutiert werden. Vielmehr begreifen wir Supermärkte als einen Kristallisationspunkt (selbstredend nicht den einzigen), an dem Gewerkschaften, soziale Bewegungen, NGOs etc. von unterschiedlichen Blickwinkeln aus aktiv werden können.<

*Aktion auf dem
AntiraSommerCamp08:*

Unter dem Motto „Reclaim your Market“ werden wir am 18. August mit mehreren hundert Menschen mindestens einen Supermarkt in Hamburg aufsuchen. Im Mittelpunkt der Aktion wird die agrarindustrielle Gemüse- und Obstproduktion in Südspanien stehen. Damit möchten wir nicht nur die Einkaufspolitik von Supermarkt-Ketten öffentlich an den Pranger stellen. Vielmehr erhoffen wir uns auch konkrete Unterstützung für jene Basisgewerkschaften und Initiativen, die vor Ort den Kampf migrantischer LandarbeiterInnen – viele von ihnen ohne Papiere – unterstützen.



Vereinheitlichung und Militarisierung der Grenzpolitik der EU-Staaten

Schlechte Schule bei der Lübecker Bundespolizei-Akademie

Ein akademischer Wandertag

Ein wenig außerhalb der Lübecker Innenstadt an der Ratzeburger Landstraße befindet sich auf einem ehemaligen Kasernengelände die Bundespolizeiakademie, wichtigstes Ausbildungszentrum der Bundespolizei. Dort fanden im Jahr 2007 mehrere Frontex-Lehrgänge für Führungspersonal der europäischen Grenzpolizeien statt. Freundlich begrüßt vom Stadtpräsidenten Peter Sünnewold bildeten sich die Teilnehmer der so genannten „mid-level courses“ über Kooperationsmöglichkeiten und Harmonisierung der nationalen Strategien der „Flüchtlingsabwehr“ fort. Sünnewold reiste später im Jahr sogar nach Warschau, um sich den Hauptsitz von Frontex anzusehen und sich wiederum äußerst interessiert an der Arbeit der Organisation zu zeigen.

Frontex und die Vereinheitlichung und Militarisierung der Grenzpolitik der EU-Staaten werden beim AntiraSommerCamp 08 in Hamburg eine große Rolle spielen. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Staaten der europäischen Union mit der Koordination ihrer Politik zur Verhinderung unerwünschter Migration – an den Grenzen, aber auch in der Manipulation ihrer Anrainerstaaten – eine neue Qualität der Repression und Kontrolle menschlicher Wanderbewegungen anstreben.

Bündnis in Lübeck

In Lübeck hat sich ein Bündnis gebildet, das im Rahmen des Camps einen Aktionstag zu Frontex und den Schulungen plant. Wir halten es für einen Skandal, dass vor unseren Augen und unter dem Jubel der Lokalpolitik an der rassistischen europäischen Grenzpolitik geschmiedet wird. Schulung, Vernetzung und Kooperation sind erklärtermaßen

Ziele von Frontex. Deswegen ist die Lübecker Bundespolizeiakademie für uns ein Symbol der Frontex-Politik und ein Ort für antirassistische Aktion. Wann die Schulungen in diesem Jahr stattfinden, haben wir zum Redaktionsschluss des Readers leider noch nicht erfahren können – Frontex ist für seine Geheimniskrämerei bekannt und auch die Termine der „mid-level courses“ werden nicht veröffentlicht. Unabhängig vom konkreten Termin wollen wir aber den Zusammenhang zwischen nationaler und EU-weiter „Grenzsicherung“, zwischen Ausbildung und polizeilich-militärischer Praxis, zwischen der unscheinbaren Kaserne in Lübeck und dem massenhaften Ertrinken im Mittelmeer zum Thema machen.

Schon im Vorfeld haben wir in Lübeck eine Veranstaltungsreihe organisiert, in der wir verschiedene Aspekte der Migrationspolitik der Europäischen Union beleuchten wollen. Außerdem sind



MD: 4:37
SA: 6:08
AD: 20:37
SU: 22:02



Flüchtlingsforum

Dienstag/Tuesday

19
August

Plakat-Aktionen und verschiedene andere Dinge geplant, um im Vorwege Aufmerksamkeit auf die Frontex-Schulungen zu lenken.

Aktionstag

Am Aktionstag (Dienstag, 19. August) selbst planen wir, mit vielen BesucherInnen des Camps gemeinsam nach Lübeck zu fahren und zuerst eine Aktion an der Bundespolizeischule selbst zu machen, bei der wir den VeranstalterInnen der Schulungen deutlich machen wollen, was wir von ihrer ausgrenzenden Praxis halten. Wir werden uns vor dem Tor der Schule versammeln und unseren Protest laut werden lassen.

Anschließend wird eine Demo in der Lübecker Innenstadt stattfinden, für die wir verschiedene Aktionen vorbereiten, die den Protest in die Stadt tragen sollen. Zuviel möchten wir noch nicht verraten - aber wir werden dafür sorgen, dass wir nicht zu ignorieren sind, und der Öffentlichkeit in phantasievoller Weise darstellen, wieso wir die europäische Migrationspolitik, an der auch in Lübeck gestrickt wird, für menschenverachtend halten und bekämpfen. Wichtig ist uns, dass an der Aktion jeder und jede teilnehmen kann. Es geht uns darum kämpferisch zu sein, ohne es jedoch zu ruppigen oder gefährlichen Situationen kommen zu lassen. Wir werden unsere Ablehnung der Frontex-Politik an diesem Tag geschlossen und laut zeigen und hoffen, dass viele von Euch mit uns nach Lübeck kommen.<



*Aktionstag gegen Frontex
in Lübeck: 19. August 08,
gemeinsame Abfahrt
mit Bussen vom Camp
um ca. 10.00 Uhr*

*Weitere Informationen:
www.fluechtlingsforum.de*



Europäische Kultur zu Tode geschottet

Freiheit für Hera und Nautilus!

Wie die frontières extérieures zur Frontex wurden

Patras, Oktober 2007:

Vor der Zaunanlage, die den Hafen von Patras (Griechenland) umgibt, wird ein 14-jähriger afghanischer Flüchtling von einem Hafenzwangsarbeiter verletzt.

Frontex, von franz. frontières extérieures, ist die so genannte Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Die Entstehung der Agentur ist vor allem ein Produkt des Europäisierungsprozess im Bereich der Grenz- und Migrationspolitik in der EU. Schon mit der Unterzeichnung des ersten Schengener Abkommens 1985 zeichnete sich die Entstehung einer

europäischen Außengrenze ab, die es gemeinsam zu „sichern“ galt. Doch so richtig Fahrt nahm die Entwicklung erst in den 1990er Jahren auf. 1995 trat das Schengener Abkommen mit einer erweiterten Mitgliederzahl in Kraft, in Tampere wurde 1999 die Vergemeinschaftung der Migrationspolitik auf EU-Ebene beschlossen und seither immer wieder beschworen, seit 2000 ist die Debatte um Flüchtlinge, das Sterben auf dem Meer sowie um eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik fast schon an der europäischen Tagesordnung.

Direkt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fand als Reaktion ein außerordentliches EU-Ministerratstreffen statt. Auf diesem Treffen wurde zum ersten Mal über die Möglichkeit der Schaffung einer europäischen Agentur à la Frontex gesprochen. Am 26. Oktober 2004 verabschiedete der Rat der Europäischen Union die Verordnung (EG) 2007/2004 zur Schaffung von Frontex. 2005 nahm Frontex seine Arbeit auf, die Agentur verfügt mittlerweile über 200 MitarbeiterInnen im Hauptquartier in Warschau sowie über ein Budget von 70 Mio. Euro pro Jahr.





Frontex hat den Rechtsstatus einer europäischen Agentur. Damit ist Frontex einer effektiven Kontrolle weitestgehend entzogen. Das europäische Parlament kann nur das Budget beschließen, die Richtlinien für die Arbeit der Agentur werden im Verwaltungsrat sowie von der EU-Kommission festgelegt.

Die Praxis

Frontex erstellt ein so genanntes „gemeinsames integriertes Risikoanalysemodell“ (CIRAM). Dieses Modell soll die aktuelle Lage an den Grenzen der europäischen Union abbilden; es ist die Grundlage für die von Frontex durchgeführten Operationen.

Größeren Bekanntheitsgrad erlangte Frontex im Zusammenhang mit den Operationen Hera und Nautilus seit dem Jahr 2006. Ziel dieser Operationen war es, die Ankunft von Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln (Hera) und Malta (Nautilus) zu verhindern. Im Fall von Hera operiert Frontex zu diesem Zweck in westafrikanischen Küstengewässern, um Boote schon an der Abfahrt zu hindern. Frontex operiert damit rund 2.000 Kilometer vom europäischen Territorium entfernt. Im Falle von Nautilus war diese Exterritorialisierung der Grenzsicherung nicht möglich, weil Libyen sich weigerte.

Frontex führt jedoch wesentlich mehr Operationen durch. Vor allem an internationalen Flughäfen und an der neuen ost- und südosteuropäischen Schengengrenze ist Frontex aktiv. Dabei sind diese Operationen immer zeitlich befristet, es geht also (noch) nicht darum, einen europäisierten permanenten Grenzschutz aufzubauen, sondern erst einmal praktische Erfahrungen im Feld der europä-

sierten Abschottungspolitik zu sammeln. Dass daraus aber durchaus längerfristige Kooperationen entstehen, ist am Beispiel von Hera ersichtlich.

Weiter stellt Frontex den Mitgliedsstaaten technisches Equipment, Schnelleingreiftruppen und gemeinsame Abschiebeflüge zur Verfügung und ist im Bereich der Forschung, hier vor allem Biometrie und Grenzschutztechnologien tätig.

Die Zukunft

Frontex kann als Laboratorium für den europäisierte Grenzschutz bezeichnet werden. Es geht quasi darum, gewisse „Grenzschutzprodukte“ zu entwickeln, vom Prototypen bis zur Serienreife. So sollen etwa Frontex' Forschungen zur Grenzüberwachung in ein so genanntes „European Surveillance System“ einfließen, mit welchem die Grenzen per Satellit, Drohne, Radar etc. lückenlos überwacht werden können. Weiter geht auch die zunehmende Biometrisierung der europäischen Grenzen auf Forschungen Frontex' zurück.

Die Kritik

Frontex steht also für die Entwicklung eines immer aggressiveren europäischen Abschottungssystems. Trotz der Beteuerungen Frontex', die Einhaltung der Menschenrechte habe für alle ihre Operationen oberste Priorität, kamen in letzter Zeit doch viele Berichte über menschenrechtswidrige Praxen in den Medien. Grundsätzlicher ist jedoch die Frage zu stellen, warum sich ein Gebilde wie Europa überhaupt von den Menschen der Rest der Welt abschotten darf.<

Frontexwatch:
<http://frontex.antira.info>
Broschüre zu Frontex:
<http://frontex.antira.info/2008/01/11/frontex-broschuere/>

Zukunft von Frontex:
<http://frontex.antira.info/2008/02/24/perfektion-des-grenzregimes-das-border-package-der-eu-kommission/>





Mobilität

TaxifahrerInnen sind keine Hilfsscheriffs!

Auszug aus dem Flugblatt vom Juni 2008

Am 17.06.08 geht der Taxifahrer Jörg R. aus Sondernburg in Sonderburg/Dänemark mit seinem Prozess in Revision. Wir wollen zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Kriminalisierung von TaxifahrerInnen aufrufen! 13 Uhr 30 Amtsgericht in Sonderburg Dänemark, Kongevej 14!

Ende 2007 wurden erstmals an der deutsch-dänischen Grenze offiziell TaxifahrerInnen der „Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt“ beschuldigt und letztendlich auch verurteilt. Die Folge waren drei amtskräftige Verurteilungen von deutschen TaxifahrerInnen in Dänemark zu je 50 Tagen Haft, und unterschiedlich lang verhängten Einreiseverbots in das dänische Hoheitsgebiet. Die KollegInnen wurden zudem von den Richtern mit der Drohung eingeschüchtert, ihre Haftstrafen könnten erhöht werden, sollten sie das Urteil nicht anerkennen und von ihrem Recht auf Revision Gebrauch machen. Dies zeigt einmal mehr, dass es hier um Abschreckung geht und Exempel statuiert werden sollen. So entstand eine hitzige Debatte, über die Aufgaben und Befugnisse von TaxifahrerInnen.

„Taxifahrer haben keine Befugnis zur Kontrolle von Ausweispapieren, erst recht können Sie nicht dazu verpflichtet werden!“ Pressemitteilung des deutschen Taxi und Mietwagenverbandes e.V. (BZP) und Dansktaxiråd (DTR)

Hinter dieser Kriminalisierung von TaxifahrerInnen verbirgt sich ein durchdachter Schachzug des Regierens, um private Beförderungsunternehmen zu Grenzkontrolleuren zu machen und Migration weiterhin zu ächten und zu illegalisieren.

„Nicht die Menschen sind kriminell, sondern die Verhältnisse!“

TaxifahrerInnen befördern Menschen über Grenzen und Menschen flüchten über Grenzen hinweg, das hat es seit je her gegeben und daran gibt es nichts verwerfliches auszusetzen! „Die Politik und die Menschen in Europa haben entschieden, die Grenzhäuschen abzubauen. In Europas Taxis jedenfalls werden keine neuen Grenzen aufgebaut werden!“ so die Pressemitteilung

„Lasst uns die Behörden unter Druck setzen! Zeigen wir ihnen, dass Jörg R. nicht alleine ist! Betroffen sind wenige, gemeint sind wir alle!“







Verarmung und Verdrängung

„Der Damm ist ein Desaster: Ökologisch. Kulturell. Sozial.“*

Das Ilisu-Staudammprojekt in Kurdistan (Türkei) stoppen!

Hasankeyf, eine Stadt mit 10.000 jähriger Geschichte, und weitere 300 qkm, sollen nach dem Willen der türkischen Regierung für immer in den Fluten des geplanten Ilisu-Stausees verschwinden. Über 55.000 Menschen würden alles verlieren. Die von den Finanziers aus der BRD, Schweiz und Österreich geforderten Auflagen werden bereits jetzt nicht eingehalten. Das Projekt wurde in den letzten zwanzig Jahren mehrmals gestoppt, nachdem sich die GeldgeberInnen, sogar die Weltbank, aus dem Projekt zurückzogen hatten. Die Türkei erfüllte nicht mal die Auflagen zur sozialen, kulturellen und ökologischen Schadensbegrenzung. Das Ilisu-Projekt ist Teil des GAP-Südostanatolien Gross-Projektes mit insgesamt 22 Staudämmen in Kurdistan. Neben der Stromerzeugung soll damit eine Fläche von 1,7 Millionen Hektar zwischen Euphrat und Tigris durch riesige Bewässerungsanlagen für die industrielle Landwirtschaft, wie den Anbau von Baumwolle, fit gemacht werden. Der Verbrauch von Pestiziden und Kunstdünger wird in die Höhe schnellen, und zusätzlich zum erwarteten Anstieg des Grundwasserspiegels zur Versalzung und langfristigen Unfruchtbarkeit des Bodens beitragen. Im Tigris, wo die Landwirtschaft vor 10.000 Jahren erfunden wurde, ist auch heute die ökologische Vielfalt noch relativ intakt, denn das Land wird von den ansässigen Familien

für den Eigenbedarf bewirtschaftet. Das bedeutet für sie, keine Not zu leiden, trotz einer Arbeitslosigkeit von über 80%.

Bereits vor einigen Jahren wurden viele von ihnen enteignet, doch entsprechendes Ersatzland bekamen sie nicht. Sie sind entweder gezwungen, auf den Feldern der Agas, den staatstreuen GrossgrundbesitzerInnen, zu schuften oder auszuwandern: in die Gecekondus (Slums) der Großstädte oder gleich ins Ausland.

Das GAP und die Staudammprojekte sind einerseits Bestandteil einer Zurichtungs- und Verarmungspolitik, die die nach wie vor starken Autonomiebestrebungen in der kurdischen Bevölkerung brechen sollen. Zum anderen dienen sie geostrategischen Interessen, indem sich die türkische Regierung die Möglichkeit verschafft, die Nachbarländer Syrien und Irak mit der lebenswichtigen Ressource „Wasser“ zu erpressen. Wasser könnte in Zukunft das „Öl“ als Kriegsgrund ablösen.

** Wasserbau-Ingenieur Ercan Ayboga und Sprecher der „Initiative zur Rettung Hasankeyfs“: „Weil sie wissen, dass fast alle vor Ort uns unterstützen und sie keine wahren Argumente gegen uns haben. ...Der Damm ist ein Desaster. Ökologisch. Kulturell. Sozial.“*



MD: 4:40
SA: 6:08
AD: 20:37
SU: 22:05



Staudamm

Mittwoch/Wednesday

20
August

„Wenn Ihr unser Land zerstört, kommen wir zu Euch nach Deutschland“

Kurdistan ist zwar ein Land der Unterdrückung und des Krieges, doch gleichzeitig mit einem starkem Widerstand gegen das Unrecht. Auch in Hasankeyf formieren sich immer wieder Proteste, letztes Jahr z.B. mit einem internationalen Aktionstag, an dem von EinwohnerInnen und internationalen Delegationen in einem „Park der Hoffnung“ Bäume gepflanzt wurden. Um symbolisch auf die drohende Vertreibung aufmerksam zu machen, stellten unlängst sehr viele der betroffenen Menschen Asylanträge bei den deutschen Botschaften in Ankara und Istanbul. „Wenn ihr unser Land zerstört, kommen wir zu euch nach Deutschland, weil ihr uns hier die Lebensgrundlage entzieht!“ Sie stellten damit einen direkten Zusammenhang her zwischen Migration und deutscher Projektbeteiligung.

Die Deka-Bank, in dessen Aufsichtsrat auch die Hamburger Sparkasse sitzt, vergibt Kredite für das Illisu-Projekt, die wiederum durch die staatliche Hermes Exportkreditversicherungsgesellschaft abgesichert sind. Die Stuttgarter Firma Züblin will am Bau mitverdienen. Und entsprechend wichtig und notwendig ist es, diesen BetreiberInnen und ProfiteurInnen auch hier den Widerstand spüren zu lassen, damit sie endgültig die Finger vom „Illisu-Staudamm“ lassen.<



Hamburger Ausländerbehörde I

Größter Rückführer Aller Zeiten

Besuchsaktionen gegen menschenrechtswidrige Praxis

Spätestens seit dem 2006 gedrehten Fernsehfilm „Abschiebung im Morgengrauen“ von Michael Richter ist auch bundesweit bekannt, mit welcher brutaler Härte und oft rechtswidrigen Methoden die Hamburger Ausländerbehörde Flüchtlinge und MigrantInnen abschiebt – koste es was es wolle. Besonders hervorzuheben hat sich dabei die Abteilung für „Rückführungen“ in der Amsinckstraße 28. Dort müssen alle „AusländerInnen“ mit ungesichertem Aufenthaltsstatus regelmäßig vorsprechen, um ihre Papiere verlängern zu lassen – oder festgenommen und abgeschoben zu werden.

Vorreiter Hamburg

In dieser Abteilung fanden ab 1999 über 25mal so genannte „Identitätsfeststellungen“ statt, das heißt: Verhöre mit Botschaften und dubiosen Delegationen, vor allem aus Afrika, die für viel Geld von der Behörde Abschiebepapiere für „ausreisepflichtige“ Flüchtlinge ausstellen. Dagegen gab es zeitweise massenhafte Proteste, so dass die Abschiebeanhörungen in den letzten Jahren eher an anderen Orten (z.B. Dortmund, Köln oder Braunschweig – siehe Artikel dazu) stattfanden. Kurz nach der Bildung einer schwarz-grünen Koalition in Hamburg residierte aber am 7.5.08 ein Vertreter der togoischen Botschaft in der Amsinckstraße 28, um Flüchtlinge aus mehreren Bundesländern zu verhören.

Vorreiter ist die Hamburger Ausländerbehörde auch bei der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge. Lediglich dem Engagement von SchülerInnen und LehrerInnen sowie großen

Demonstrationen der afghanischen Community ist es zu verdanken, dass bisher keine Familien mit Kindern, sondern „nur“ alleinstehende Männer und kinderlose Ehepaare nach Afghanistan abgeschoben werden.

Mit der bundesweit bisher einmaligen Auslagerung der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung nach Nostorf-Horst (siehe Artikel dazu) wurde in der Sportallee 70, ganz in der Nähe des Hamburger Flughafens, eine neue Abteilung der Ausländerbehörde eröffnet. In dieser „Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung“ müssen alle neu angekommenen Flüchtlinge vorsprechen und werden dort für ein paar Tage untergebracht. In dieser Zeit führen Mitarbeiter dieser Abteilung in demütigender, entwürdigender und bedrohlicher Art und Weise so genannte „Reisewegsbefragungen“ durch, um herauszubekommen, ob die Betroffenen über einen „sicheren Drittstaat“; z.B. ein anderes EU-Land, eingereist sind. Nach dem Dublin II-Abkommen können sie dann in dieses Land zurück geschickt wer-





den – auch wenn dort, wie z.B. in Griechenland, die Mindestanforderungen für ein rechtsstaatliches Asylverfahren nicht erfüllt sind und ihnen die Rückschiebung in ihr Herkunftsland droht.

In der Sportallee werden außerdem minderjährige unbegleitete Flüchtlinge regelmäßig „älter gemacht“, das heißt, ihr angegebenes Alter wird nicht geglaubt, und sie werden mit einem fiktiven Geburtsdatum zu Erwachsenen erklärt und wie diese bundesweit umverteilt, statt – wie das Kinder- und Jugendhilfegesetz vorschreibt – in einer Jugendhilfeeinrichtung in Obhut genommen zu werden.

Neuorganisation

Anfang Januar 2008 gab die Innenbehörde eine Neuorganisation der „Abteilung Ausländerangelegenheiten des Einwohnerzentralamts“, wie die Ausländerbehörde offiziell heißt, bekannt, die vor allem der effektiveren Durchführung von Abschiebungen dient: Der Aufgabenbereich „Vollzug von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Verbringungen einschließlich der Haft“ bildet jetzt mit der Zentralen Erstaufnahme ein neues Referat E 33 und wurde auch räumlich zusammengelegt in der Sportallee, damit Flüchtlinge, die die Behörde gleich wieder los werden will, unbeobachtet direkt zum Hinterausgang des Flughafens gebracht werden können. Außerdem wurden zwei neue „Stabsstellenfunktionen für Controlling und internationale Zusammenarbeit“, deren letztere den Bereich der Rückführungen per Charter auf europäischer Ebene umfasst, eingerichtet.

Charterabschiebungen

Hamburg hat sich bei solchen EU-Charterabschiebungen bereits besonders hervorgetan. Das „Zeit“-Magazin hat eine fakten- und bilderreiche Reportage¹ über die erste deutsche Charterabschiebung mit EU-Mitteln, die am 18.9.2006 ab Hamburg nach Guinea, Togo und Benin ging, veröffentlicht. Die AutorInnen haben Abgeschobene in den genannten afrikanischen Ländern besucht, mit ihrer Hilfe den Ablauf der Abschiebung rekonstruiert und als eine der beauftragten Chartergesellschaften „Hamburg International“ (HHI) benannt, eine Firma, die bei der Sportallee gleich um die Ecke liegt. Mit ihr fanden nicht nur Abschiebungen in verschiedene afrikanische Länder statt, sondern auch nach Afghanistan – zur gleichen Zeit, als die Fluggesellschaft einen Preis erhielt für eine humanitäre Luftbrücke für afghanische Kinder, die in Deutschland medizinische Behandlung bekamen²!

¹ Die Reportage ist zu finden unter:

<http://www.zeit.de/2008/03/Abschiebeflug> sowie auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter „Aktuelles“ und dem Datum 15.1.08

² taz nord 19.01.2008

Wir werden am 21. August 2008 sowohl der Ausländerbehörde in der Amsinckstraße und in der Sportallee als auch HHI einen Besuch abstatten und gegen ihre menschenrechtswidrigen Praktiken demonstrieren!



Wer ist eigentlich Hamburg International?

Hamburg International (Abkürzung in Flugplänen und auf Tickets: „HHL“ oder „4R“) ist eine unabhängige deutsche Charterfluggesellschaft, die seit ihrer Gründung im Jahre 1998 mit einer Flotte hochmoderner Flugzeuge vom Typ Boeing 737-700 zumeist die klassischen Flugrouten von Deutschland und Zentraleuropa in mediterrane und nordeuropäische Ferienregionen bedient.

Weitere Geschäftsfelder sind der so genannte ethnische Charterflugverkehr mit Flügen u.a. in die Türkei oder nach Pristina im Kosovo sowie exklusive Einzel- und Adhoc-Charterflüge.

Wer zeichnet für Technik und Ausbildung des Personals verantwortlich?

Für große Teile der technischen Wartung und Kontrolle der modernen Boeing-Flotte von Hamburg International zeichnet die Lufthansa Technik AG verantwortlich. Auch das Kabinenpersonal wird an speziellen Kabinensimulatoren sowohl hinsichtlich des umfassenden Servicekonzeptes trainiert, als auch auf den richtigen Umgang mit allen erdenklichen Sicherheitsituationen vorbereitet.

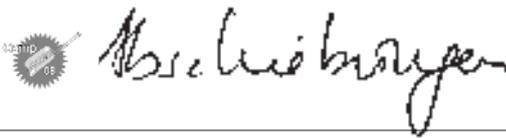
Charterfluggesellschaften: Hamburg International

Tarnanstrich für Abschiebungen

Humanitäre Hilfe und Auszeichnung: Zu welchem Preis?

Hamburg International hat im Dezember 2007 eine Auszeichnung erhalten: Den „Charter Excellence Award“, gestiftet durch die Firma Pro Sky, für ihr Engagement in Afghanistan. Die Fluggesellschaft hatte 59 afghanischen Kinder von Kabul nach Hamburg geflogen, damit sie in deutschen Krankenhäusern behandelt werden. Es hieß: „Hamburg International hat in vorbildlicher Art und Weise ihre Sonderflug-Kompetenz mit einer humanitären Botschaft verbunden“. Nicht erwähnt wurden wahrscheinlich die Charterflüge mit abgeschobenen Flüchtlingen, mit denen „Hamburg International“ einen Teil seiner Geschäfte macht.<





Hamburger Ausländerbehörde II

Das korrupte Geschäft mit den Reisedokumenten

Abschiebeanhörungen und Passbeschaffung

Papiere für einen legalen, dauerhaften Aufenthalt werden „unerwünschten“ MigrantInnen und Flüchtlingen meist verweigert, gleichzeitig scheuen deutsche Behörden weder Kosten noch Mühe, wenn es darum geht, Papiere für Abschiebungen zu bekommen. Denn Abschiebungen sind nur mit Pässen, bzw. Passersatz-Dokumenten, so genannte „travelling certificates“ bzw. „laissez-passer“ möglich, die zur Einreise in den Zielstaat berechtigen.

Dubiose Regierungsdelegationen

Ausgestellt werden solche Reisedokumente von Botschaften und RegierungsbeamtInnen der (vermeintlichen) Herkunftsländer. Um die Beschaffung von „Heimreisepapieren“ zu beschleunigen und verschärften Druck aufzubauen, werden MigrantInnen und Flüchtlinge zu zentralen Sammelanhörungen vor Botschaften, zum Teil auch vor dubiosen Regierungsdelegationen, genötigt. Diese bestätigen gegen stattliche Geldsummen die Herkunft und Identität der betroffenen Personen und stellen ihnen auf dieser Grundlage Reisedokumente aus, die zum Zweck der Abschiebung direkt an die Ausländerbehörden, bzw. an die Bundespolizei übergeben werden.

Die Hamburger Ausländerbehörde ist berüchtigt als bundesweite Vorreiterin dieser Praxis: Seit Ende der 90er Jahre fanden im Gebäude der Behörde in der Amsinckstraße 28 zahlreiche Abschiebe-Anhörungen statt, unter anderem mit Botschaftsangehörigen aus der Elfenbeinküste, Sierra Leone und Burkina Faso. Für

Aufsehen sorgte das Treiben einer dubiosen Delegation von RegierungsbeamtInnen aus Guinea, die seit 2005 durch Hamburg und andere Städte tourte und willkürlich Abschiebepapiere für afrikanische Flüchtlinge ausstellte. Neue Anhörungstermine in Hamburg mit der Botschaft von Togo wurden kürzlich bekannt.

Willkür und (Un)recht deutscher Flüchtlingspolitik

Abschiebeanhörungen sind geprägt von Willkür und Korruption, sie stehen für deutsches Ausländerrecht, das einzig auf Ausschluss abzielt und MigrantInnen und Flüchtlingen rechtliche Sicherheit verweigert. Die Vorsprache bei einer Abschiebeanhörung wird mit der „Mitwirkungspflicht“ an der eigenen Abschiebung erzwungen. Vor dem Hintergrund, dass viele MigrantInnen und Flüchtlinge es wohlweislich vermeiden, der Ausländerbehörde einen Pass vorzulegen, der nur zu ihrer eigenen Abschiebung dient, sind Abschiebeanhörungen ein Angriff auf migrantische Überlebens- und Bleibestrategien. Bei Anhörungen mit

ntative of the carrier - you
country.

he consent of the waterways
usal, particularly for custody,
I be always able. For these



den Botschaften von Nigeria und Kamerun, die seit 2007 bundesweit gehäuft stattfinden, wurden viele Leute von der Polizei zwangsvorgeführt und tagelang ohne rechtlich zulässigen Haftgrund ihrer Freiheit beraubt.

Die Praxis, das Anhörungsverfahren nicht nur von Botschaften, sondern auch von dubiosen Delegationen von RegierungsbeamtInnen durchzuführen zu lassen, wurde erst nachträglich durch das neue „Zuwanderungsgesetz“ legalisiert. Wen sie als eigeneN StaatsbürgerIn anerkennen und wem sie ein "Heimreisedokument" ausstellen, entscheiden Botschaften und Regierungsdelegationen nach willkürlichen Kriterien, wie Gesichtsform und Dialekt, die vor deutschen Gerichten nicht anfechtbar sind. Für deutsche AbschiebebürokratInnen ist es egal, wohin sie jemanden abschieben, Hauptsache irgend ein Staat nimmt die betroffene Person „zurück“.

Das korrupte Geschäft mit den Abschiebepapieren

Für korruptes Botschafts- und Regierungspersonal sind Abschiebeanhörungen ein lukratives Geschäft: Insgesamt 500 Euro zahlen deutsche Behörden beispielsweise der Botschaft von Nigeria für jedes Interview und für jedes ausgestellte „Heimreisepapier“. Eine besonders perfide Variante der Beschaffung von Reisedokumenten ist die Ausstellung so genannter EU-Heimreisepapiere, die von deutschen Behörden selbst angefertigt werden - auch hier spielte die Ausländerbehörde Hamburg eine Vorreiterrolle. Von Hamburg aus wurde mit EU-laissez-passer unter anderem nach Benin und nach Burkina Faso abgeschoben, ermöglicht durch Verbindungen von MitarbeiterInnen der Hamburger Ausländerbehörde zu Flughafenbeamten in Cotonou und in Ouagadougou.

Neben solchen persönlichen Bereicherungspraktiken ist eine wesentliche Grundlage der Abschiebe-Kollaboration die neokoloniale ökonomische Abhängigkeit der Herkunftsländer von Deutschland und der EU, die von diesen Staaten die „Rücknahme“ ihrer (vermeintlichen) StaatsbürgerInnen erzwingen.

Widerstand lohnt sich

Schon lange regt sich individueller und kollektiver Widerstand gegen Abschiebeanhörungen als perfiden Baustein deutscher Abschiebepaxis. Viele MigrantInnen und Flüchtlinge boykottieren, trotz Androhung von Sanktionen und Strafe, die Vorsprache und Mitwirkung bei Abschiebeanhörungen und lassen deren Zweck ins Leere laufen. In Hamburg sorgten Abschiebeanhörungen mit den Vertretungen verschiedener afrikanischer Staaten immer wieder für wütende Proteste und Tumulte vor der Ausländerbehörde. Die dubiose Guinea-Delegation musste 2007 nach koordinierten Protesten in Deutschland und Guinea durch das guineische Außenministerium zurückgepfiffen werden.

Viele geplante Abschiebungen konnten durch solche Gegenaktionen bereits verhindert werden. Weil Widerstand und Boykott gegen Abschiebeanhörungen und erzwungene Passbeschaffung ein effektives Mittel ist, um Abschiebungen zu erschweren und zu stoppen, rufen antirassistische Gruppen und Flüchtlingsinitiativen auf zu einer breiten und langfristig angelegten Kampagne. Beim AntiraSommerCamps 08 wollen wir die Hamburger Ausländerbehörde als Vorreiterin der korrupten Abschiebe-Kollaboration mit Botschaften und Regierungsdelegationen ins Visier nehmen.<





Strategien der Basisbewegung

Wenn die Behörde um Mitternacht den Bus schickt...

Abschiebeanhörungen

Seit vielen Jahren ist die deutsche Regierung in ihrer rassistischen Maschinerie damit beschäftigt, Asylsuchende und abgelehnte Asylsuchende abzuschicken. Besonders beliebt ist es in letzter Zeit dazu Delegationen aus den Herkunftsländern der Asylsuchenden zu benutzen. Sie werden eingeladen, um herauszufinden, ob die Asylsuchenden oder abgelehnten Asylsuchenden aus einem bestimmten Land kommen, und zwar durch Anhörungen, die entweder in den Botschaften von den Ländern, von denen angenommen wird, dass sie Flüchtlinge produzieren, oder in deutschen Ämtern durchgeführt werden.

Vorgehensweise bei den Anhörungen

Die Ausländerbehörden schicken Vorladungen, in denen der/die Asylsuchende aufgefordert wird, in seinem/ihrem Lager auf einen Bus gegen 1.00 Uhr nachts zu warten, der ihn/sie zu den Stellen der Anhörungen bringen wird. Dies kann mit den Schreiben verglichen werden, die die Nazis an die JüdInnen, Schwarzen und andere Minderheiten adressiert haben, um sie zu deportieren und sie dann zu vernichten. Zwar werden die Asylsuchenden nicht zwecks Vernichtung deportiert, so wie es der Fall unter dem Nazi-Regime war. Aber hinter den Vorladungen und der Aufforderung, auf die offiziellen VertreterInnen zu warten, offenbart sich eine Kontinuität mit dem Regime dar, das von allen abgelehnt wird, dessen Praxis dennoch von Einigen fortgesetzt wird. Im Land Brandenburg werden Schreiben in deutscher Sprache an die Asylsuchenden überreicht, damit diese unterschreiben, dass sie der Anhörung zustimmen.

In den meisten Fällen sind die Aufenthaltsgestattungen der Asylsuchenden oder der abgelehnten Asylsuchenden auf den Tag begrenzt, an dem die Anhörungen terminiert sind. Für diejenigen, die sich weigern, zu den Anhörungen zu gehen, ist die sofortige Antwort der Sozialämter die Minderung des an die Asylsuchenden ausgezahlten Pflegegeldes als disziplinarische Maßnahme. Sie werden beschuldigt, mit den deutschen Behörden nicht kooperieren zu wollen.

Es wird auf Gewaltanwendung zurückgegriffen, Polizeibeamten werden gerufen, um eine Person zwangsweise zu diesen Anhörungen zu führen, wie in dem Fall von Herrn C., einem Asylbewerber in Senftenberg, der sich geweigert hatte, an einer dieser Anhörungen teilzunehmen. Als seine Aufenthaltsgestattung abgelaufen war und er sie bei der Ausländerbehörde verlängern lassen wollte, haben die MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde die Polizei gerufen, die dann kam und ihn brutal miss-



handelte. Er wurde schwer geschlagen und dabei verletzt. Sie brachten ihn später in den Abschiebeknast nach Eisenhüttenstadt, wo er mehrere Monate verbrachte, und er wurde später in Handschellen nach Köln zur Anhörung gebracht.

Methoden zur Personenidentifizierung

Die Delegationen, die die Anhörungen durchführen, versuchen in der Regel, die Aussprache der Personen zu identifizieren und somit festzulegen, ob sie aus ihren Herkunftsländern kommen. Es ist normalerweise grausig, davon auszugehen, dass alle Menschen einer bestimmten Nationalität gleich sprechen. Wenn die Asylsuchenden oder

abgelehnten Asylsuchenden hereinkommen, stellen die AnhörerInnen Fragen oder fordern sie zu einem Gespräch auf. Ab und zu passiert es, dass bei der Begrüßung der Mitglieder der illegalen Delegation diese VertreterInnen behaupten, die Stimme der Asylsuchenden oder abgelehnten Asylsuchenden würde genauso klingen wie in ihren Herkunftsländern. In den Fällen, in denen die Asylsuchenden oder abgelehnten Asylsuchenden sich weigern zu sprechen, bedroht sie die Delegation und deutet das Schweigen als eine Bestätigung dafür, dass die Person aus dem Land der DelegationsvertreterInnen stammt. Es kommt vor, dass sie bei der Begutachtung der Physiognomie Einzelner zum Schluss kommen, dass diese Person aus einem bestimmten Land kommt.

Die Strategie der Flüchtlingsinitiative Brandenburg gegen diese Anhörungen:

Wir als Mitglieder einer Basisbewegung betrachten es als notwendig, unseren Mitgliedern zu raten, an diesen Anhörungen teilzunehmen, aber sie gleichzeitig darin zu bestärken, mit den DelegationsvertreterInnen nicht zu sprechen. Es geht darum, den ständigen Druck der deutschen Regierung zu vermeiden, indem sie die Asylsuchenden beschuldigt, mit den deutschen Behörden nicht zu kooperieren, wenn sie nicht dahin gehen. Nach unseren Erfahrungen und nach einer ernsthaften Vorbereitung unserer Mitglieder haben sich beinahe alle bewährt. Es ist wahr, dass in einem Landkreis die Behörden den Druck auf diese für Nicht-Zusammenarbeit mit der Delegation ausüben.<





Wider allen Prinzipien

Die Geschichte der Familie Grigorjan

Eine Abschiebung in Hamburg

„Wie Sie schon wissen, sind wir schon seit mehr als zwei Monaten hier in Armenien, ohne zu wissen, wann ich meine Mutter und meine kleine Schwester wieder sehen kann. Ich finde das nicht in Ordnung, dass man Familien trennt, das ist sogar verboten und es wird trotzdem gemacht. Sie können sich wahrscheinlich nicht vorstellen, wie wir uns fühlen ohne die andere Hälfte unserer Familie ohne unsere Freunde, Schule. Ich vermisste meine Freunde in der Schule und auch im Privaten, meine Lehrer, einfach alles!!! Und alle sind in Hamburg, da wo ich jetzt sein möchte, und auch sein sollte, in meiner Heimat Hamburg, wo alle traurig sind und auf uns warten...“ Das schreibt Liana Grigorjan, 14 Jahre alt, aus Armenien an die Mitglieder der Härtefallkommission in Hamburg. In dieser Stadt hatte sie acht Jahre gewohnt, zusammen mit ihren Eltern und ihren zwei Geschwistern. Bis zum 31. März 2006, als um 4.00 Uhr morgens die Polizei ihren Vater, ihren Bruder und sie abführten, um sie schleunigst nach Armenien abzuschicken. Unter Schock nach diesem brutalen Auftreten im Morgenrauschen blieb die Mutter zusammen mit der kleineren Schwester zurück. Während dieser Zeit verhandelten die VertreterInnen der GAL mit der CDU, u.a. darüber, dass „generell (...) bei Abschiebungen dem Schutz von Ehe und Familie, insbesondere der Familieneinheit, dadurch Rechnung zu tragen (sei), dass die vollziehbar ausreisepflichtigen Familienangehörigen zusammen abgeschoben werden,...“ (Koalitionsvertrag vom 17.4.2008).

Die SchülerInnen und LehrerInnen der Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg-Uhlenhorst wünschen sich ihre Klassensprecherin zurück und mobilisieren gegen diese Abschiebung, die ihre Mitschülerin aus ihrer vertrauten Umgebung heraus- und eine Familie auseinandergerissen hat.<



Frankreich

Miles & More für Abschiebe-PolizistInnen

Der ganz spezielle Surplus

In der Ausgabe vom 23.4.2008 meldet die satirische Wochenzeitung „Le Canard Enchaîné“, dass französische PolizistInnen sich auf Kosten von abgeschobenen MigrantInnen sonnen können. In der Tat kassieren die BeamtInnen, die MigrantInnen bei ihrer Abschiebung begleiten, die „miles“ von Air France. Bei 23.000 Abschiebungen im Jahre 2007 und mit drei BegleitbeamtInnen im Durchschnitt kann man sich ausrechnen, dass sich diese Tätigkeit lohnt. Das Innenministerium sieht die Sache relativ gelassen. Die Zeitung bekam auf Nachfrage folgende Antwort: „Diese Praxis ist nicht unzulässig“, behauptet man im Innenministerium. Die Behörde zahlt Flugtickets mit Namen, und die PolizistInnen nutzen das System aus, so wie das Management in den französischen Unternehmen es auch tut. Beim nächsten Vertragsabschluss mit unserer ReiseanbieterIn, werden wir die Frage stellen und prüfen, ob nicht das Ministerium den Bonus übernehmen kann.“ Die Frage ist, wer dann davon profitieren wird.<



„Immer voran!
Gesundheit ist wichtig!“



Frankreich

Keine Pizza auf den Champs-Élysées

Streik der Travailleurs Sans Papiers

Am diesjährigen 1. Mai demonstrierten in ganz Frankreich rund 200.000 Menschen, darunter gut 30.000 in der Hauptstadt Paris. In Paris war der Demozug stark von der Präsenz der „Salariés sans papiers“ oder „illegalisierten“ und lohnabhängig arbeitenden EinwandererInnen geprägt. Letztere stellten die mit Abstand dynamischsten Abteilungen der Demonstrationen und bildeten teils eigene Demoblöcke, teils „gemischte“ Blöcke von der der CGT angehörenden Beschäftigten (ohne Aufenthaltsprobleme) und „Salariés Sans Papiers“. Dieser Auftritt war eine der unmittelbaren Auswirkungen des derzeit noch anhaltenden Streiks von „Travailleurs Sans Papiers“ in zeitweise bis zu 50 Betrieben (Restaurants, Baufirmen, Reinigungsunternehmen) in der französischen Hauptstadt und im Pariser Umland. Er hat in den letzten Wochen ziemlich stark das aktuelle innenpolitische Geschehen mitgeprägt. Während zugleich auch andere Kämpfe der („illegalisierten“ oder in Frankreich „unerwünschten“) EinwandererInnen stattfinden, namentlich ein Hungerstreik von 100 InsassInnen der Abschiebehaftanstalt in Vincennes südöstlich von Paris, hat der Streik der „arbeitenden Sans papiers“ wesentlich entscheidendere Auswirkungen auf die Entwicklung des innenpolitischen Klimas.

Obwohl er zunächst „nur“ 600 aktiv Streikende und später um die 1.000 TeilnehmerInnen umfasste - wobei freilich alle an der Debatte Beteiligten wissen, dass durch den Streik im Moment nur zusehens die Spitze des Eisbergs sichtbar geworden ist: Ganze Wirtschaftsbranchen leben von der Ausbeutung und z.T. Überausbeutung „illegalisierter“ Arbeitskräfte, insbesondere das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Bauindustrie (vor allem ihre kleineren Unternehmen, aber nicht ausschließlich) und das Reinigungsgewerbe. Der Streik hat die Regierung in Bedrängnis befördert, Konservative wie Rechtsextreme in Widerspruch zu einem Teil ihrer eigenen sozialen Basis – den KleinunternehmerInnen, Restaurant- und HotelbesitzerInnen – gebracht und erhebliches Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt.

Hintergründe

Wer „ohne Papiere“, also ohne einen gültigen Aufenthaltstitel in Frankreich arbeiten muss, ist leicht einer Überausbeutung ausgesetzt. D.h. er oder sie wird – aus materieller Notwendigkeit des Überlebens heraus – Arbeits- oder Lohnbedingungen akzeptieren, zu denen die so genannte ArbeitgeberInnen keine französischen oder anderen „legalen“ Arbeitskräfte findet. Deshalb auch war es

FÜR GARDEROBE
KEINE HAFTUNG





vielen „Patrons“ durchaus gleichgültig, ob ihre Angestellten im Besitz gültiger Aufenthaltstitel waren oder nicht. Aber unter dem Druck des gewerkschaftlichen Protests, der die Präsenz „illegaler“ EinwandererInnen sichtbar macht und ihre „Patrons“ damit - im Falle ausbleibender „Legalisierung“ ihrer Arbeitskräfte - selbst der Gefahr von Strafverfolgung aussetzt, sehen sie sich nun gezwungen zu handeln.

Denn die seit Juli 2006 sukzessive durch die regierenden Konservativen veränderte AusländerInnen-Gesetzgebung sieht einerseits vor, dass die ArbeitgeberInnen „illegal“ sich im Lande aufhalten der Beschäftigter selbst bestraft werden können, wenn sie sich nicht der „Rechtmäßigkeit“ deren Aufenthalts versichert haben. Dazu müssen sie nicht mehr nur selbst deren Papiere kontrollieren – was es ihnen früher in aller Regel erlaubte, ein Auge zuzudrücken, wenn ihnen falsche oder aber einer anderen Person aus demselben Herkunftsland gehörende Papiere vorgelegt wurden -, sondern sie müssen seit dem 1. Juli 2007 die Präfektur (= Polizei- und AusländerInnenbehörde) zu ihrer Überprüfung einschalten.

Die Kontrollwut der konservativen PolitikerInnen tritt an dieser Stelle in Widerspruch zum ökonomischen Interesse der Bourgeoisie. Unter dem Druck des Streiks spricht letztere sich deshalb für eine „Legalisierung“ der betroffenen Arbeitskräfte aus. Etwa der Chef des ArbeitgeberInnenverbands im Hotel- und Gaststättengewerbe, André Daguin. Eigentlich ein reaktionärer Scharfmacher. Derselbe André Daguin fordert nun aber allein für seine Branche die „Legalisierung“ von 50.000 papierlosen EinwanderInnen. Eine Forderung, die bislang ent-

weder als hoffnungslos naiv geltenden HumanistInnen oder aber Linksradikalen vorbehalten schien.

(Vorläufige) Perspektiven

Die konservative Regierung bleibt bisher klar bei ihrer Position, wonach es eine „Legalisierung“ mittels „Einzelfallprüfung“, aber „keinesfalls eine massenhafte Legalisierung“ wie etwa in den letzten Jahren in Spanien geben werde. Premierminister François Fillon mochte etwa Ende April nur die „Legalisierung von ein paar hundert Arbeitenden“ in Erwägung ziehen.

Bis Anfang Mai haben die CGT und „Droits devant!“ zunächst, statt der angekündigten 600, insgesamt knapp 1.000 individuelle Anträge zur „Legalisierung“ eingereicht. Abzuwarten bleibt nun, ob ihnen tatsächlich allen die seit langem ersehnte „Legalisierung“ winkt - oder ob die Behörden, ist der Streik erst einmal vorbei, die Beschäftigtenkollektive durch eine „Einzelfallbearbeitung“ nach dem Motto „Die Einen ins Töpfchen, die Anderen ins Kröpfchen“ zu spalten versuchen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung versuchen, durch eine 80-zu-20-Prozent-Regelung gegenüber den Streikenden und der CGT „Ballast abzuwerfen“, aber zugleich eine Minderheit von vielleicht einem Fünftel der Betroffenen in der „Illegalität“ zu halten. Zur Abschreckung von Anderen, die später streikwillig sein könnten: Ihnen würde signalisiert, dass so ein Ausstand nicht ohne Risiko ist. Denn wer sich auf diesem Wege als „papierlos“ bekannt macht, aber die ersehnte Aufenthaltserlaubnis dabei nicht erhält, hat erst einmal alles verloren. „Sein/Ihre“ ArbeitgeberIn



kann und darf ihn/sie, unter Androhung eigener Bestrafung, nicht weiterbeschäftigen. Die entscheidende Frage wird sein, ob etwa die CGT sich auf einen faulen Kompromiss nach dem Motto „80 Prozent ist besser als nichts“ einlassen, oder aber bei der Forderung nach einer kollektiven „Legalisierung“ für hundert Prozent der Streikenden hart bleiben wird. Dies dürfte der Knackpunkt für eine Bewertung des Ergebnisses werden.

Mitte Mai: Die „zweite Welle“ hat begonnen

Am 20. Mai fing die, seit einiger Zeit angekündigte, „zweite Welle“ von Streiks der Travailleurs Sans Papiers im Raum Paris an. Im Laufe des Tages traten rund 500 „Arbeitende ohne Papiere“ in zwanzig Unternehmen in Paris und dem Umland der Hauptstadt in den Streik - zusätzlich zu jenen mehreren hundert Sans papiers, die sich bereits seit über einem Monat im Ausstand befanden.

Betroffen sind von dieser „zweiten Streikwelle“ insbesondere Reinigungsfirmen, Bauunternehmen sowie eine Pizzeria auf den Champs-Élysées und andere Gaststättenbetriebe.

Diese, seit einigen Tagen erwartete, Ausweitung des Sans Papiers-Streiks ist eine Reaktion der organisierten UnterstützerInnen (insbesondere CGT und „Droits devant!“, eine Art PR-Agentur, die sich in den Dienst sozialer Bewegungen stellt) darauf, dass die „Legalisierung“ der für ihr Aufenthaltsrecht streikenden Sans Papiers bislang nur äußerst schleppend vorankam. Bis zum 20. Mai hatten nur 70 jener rund 1.000 Sans Papiers, die ihre „Legalisierung“ im Rahmen des Streiks und mit - formeller, durch den Arbeitskampf erzwungener oder realer - Unterstützung durch ihre jeweiligen

ArbeitgeberInnen an diesem Punkt gefordert hatten, eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Die Ausdehnung des Sans Papiers-Streiks dient den HauptunterstützerInnen (CGT und Droits devant!) also vor allem als Mittel, um einen schnelleren Abschluss für die derzeit im Ausstand Befindlichen zu erreichen, da sich die Situation zu langsam und schleppend entwickelt. Es bleibt also beim Prinzip eines dosierten Streiks mit nur einigen „ausgewählten“ Sans Papiers, der punktgenau auf bestimmte Unternehmen zielt, um maximale Wirkung zu erreichen - ohne aber an alle lohnabhängig arbeitenden EinwandererInnen „ohne Papiere“ zu appellieren, sich alsbald dem Arbeitskampf anzuschließen, da Letzterer in einem solchen Falle für die OrganisatorInnen „unkontrollierbar“ würde.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Artikels (Mitte Juni 2008) sind es nun inzwischen gut 400 „illegale“ MigrantInnen, die aufgrund des Streiks ihre Aufenthaltstitel erreichen konnten. Dies meldete die Pariser Abendzeitung Le Monde am Nachmittag des 16. Juni. In derselben Ausgabe kündigte Raymond Chauveau von der CGT an, dass alsbald „eine dritte Welle“ des Streiks der illegalisierten MigrantInnen lanciert werde.<





Frankreich

In Cannes ein Weltstar, für Paris „illegal“

Knickt Sarkozy die Goldene Palme?



Am 25.Mai 2008 erhielt nicht nur der französische Regisseur Laurent Cantet die Palme d'Or in Cannes für seinen Film „Entre les murs“, den manchmal mühsamen, aber immer dynamischen Dialog zwischen einem Lehrer und 25 SchülerInnen während eines ganzen Schuljahrs, sondern 25 LaiendarstellerInnen einer Pariser Schule stiegen auf die Bühne, wurden von Sean Penn begrüßt und somit zu Stars, feierten den unverhofften Preis. Nach einem Tag stellte sich heraus, dass einer (oder vielleicht mehrere sowie ihre Familienangehörigen) Probleme mit dem Aufenthaltsstatus hat: Er hat nämlich keine Papiere. Sollen jetzt die französischen Stars abgeschoben werden? Und wer wäre das?<



S, SAID
2008



MD: 4:42
SA: 6:10
AD: 20:35
SU: 22:02

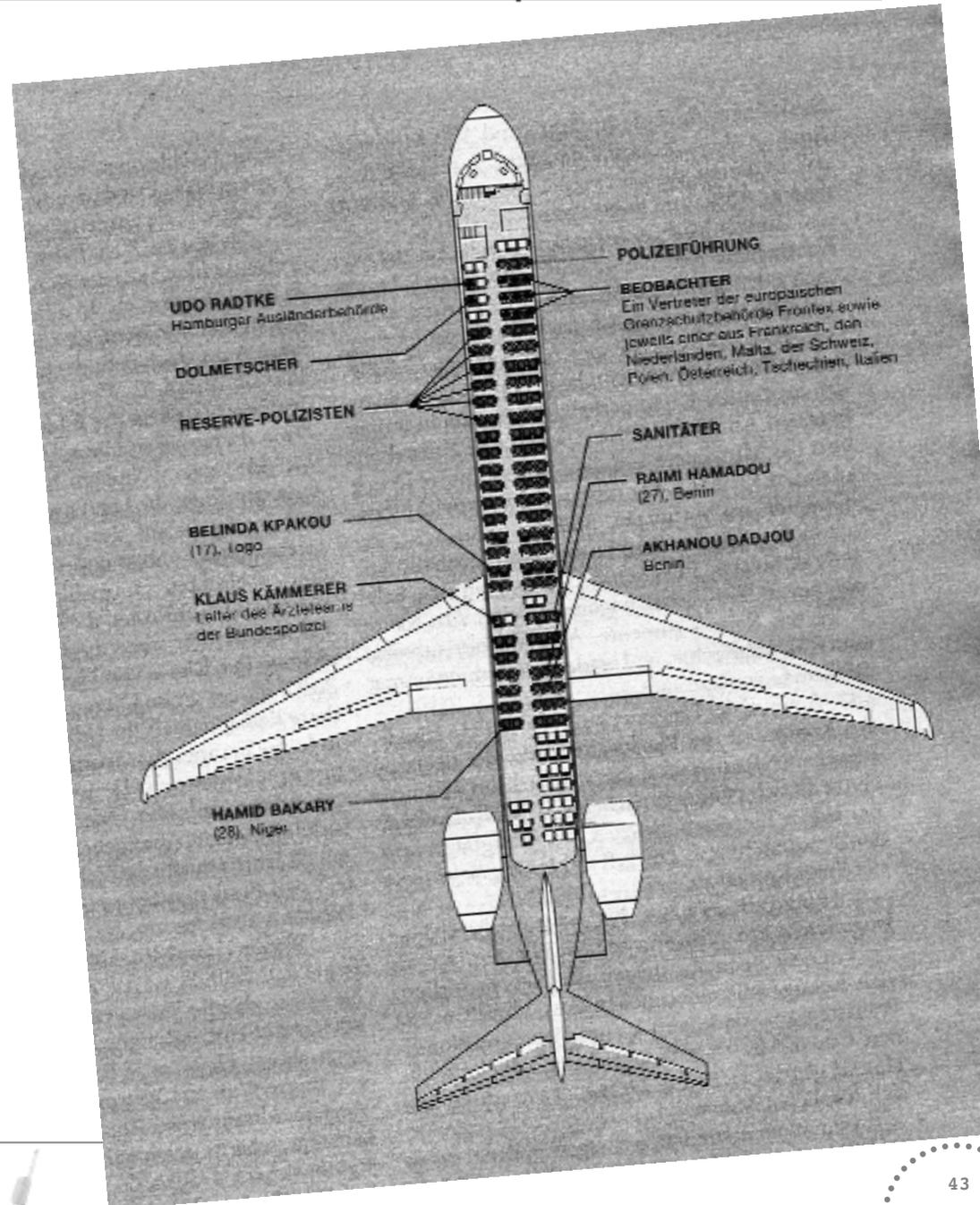


Abschreibungen

Donnerstag/Thursday

21

August



EU-Sammelabschiebungen per Charterflug

Neues Flughafenranking in der DeportationClass

Hamburg Vorreiter in Europa

Der Europäische Rat beschloss am 29.4.2004 die Organisation von Sammelflügen zur Abschiebung „ausreisepflichtiger“ MigrantInnen und Flüchtlinge. Die „Generalprobe“ für solche Flüge fand in der Nacht vom 25. auf den 26.5.04 ab Hamburg-Fuhlsbüttel statt: Das Nachtflugverbot wurde aufgehoben, der Flughafen in eine Polizeifestung verwandelt und gegen zwei Uhr früh wurden acht Flüchtlinge aus vier verschiedenen Bundesländern mit einer KLM-Maschine nach Amsterdam geflogen, um von dort mit insgesamt 44 Flüchtlingen aus fünf EU-Ländern nach Togo und Kamerun abgeschoben zu werden.

Seitdem gab es aus Hamburg mindestens sieben solcher Sammelabschiebungen nach Afrika, außer nach Togo und Kamerun auch nach Guinea, Ghana, Benin und Nigeria. Weitere Charterflüge fanden ab Düsseldorf statt (siehe Übersicht auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter „Abschiebepolitik“ und den Daten 5.7.07 und 15.1.08).

Im Juli 2005 bekräftigten die so genannten G5-Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien) auf einem Treffen in Evian, Abschiebungen in Zukunft verstärkt gemeinsam zu planen. Kurz danach waren die Flughäfen London und Paris Schauplatz der ersten gemeinsamen Abschiebung nach Afghanistan. Weitere Flüge dorthin folgten.

Kosteneinsparungen und Geschäfte

Solche Abschiebeflüge werden mit gecharterten Flugzeugen verschiedener Gesellschaften, z.B. Hamburg International, Aero Flight (die Firma hat

inzwischen Konkurs angemeldet), Hello (Schweizer Firma), LTU, Westtours oder der speziell dafür gegründeten österreichischen Fluggesellschaft Asylum Airlines, durchgeführt. Sie fliegen von Land zu Land, um vorher meist in Nacht- und Nebelaktionen und mit brutaler Gewalt festgenommene Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere einzusammeln. Oder Flüchtlinge werden mit Zubringerflügen, z.T. in kleinen Privatjets, zu den Abflugorten gebracht.

Etwa 140.000 Euro kostet eine Sammelabschiebung, wovon etwa 70 Prozent von der EU erstattet werden. „Wenn ich die Maschine voll bekomme, kostet mich ein Abzuschiebender nur rund 1000 Euro. Schon ab 20 Personen sinken die Pro-Kopf-Kosten unter den Preis einer Linienabschiebung“, erklärte ein leitender MitarbeiterIn der Hamburger Ausländerbehörde gegenüber dem Zeit-Magazin Leben ¹.



MD: 4:44
SA: 6:10
AD: 20:35
SU: 21:59



Flüchtlingsrat

Freitag/Friday

22
August

Aber Kosteneinsparung durch eine große Anzahl gemeinsam Abzuschiebender ist nicht der Hauptgrund für die Durchführung von Sammelabschiebungen. Ein Beispiel: Im März 2008 fand der erste Charterabschiebeflug aus Irland statt – mit ganzen sechs Flüchtlingen auf den 110 Sitzen der Maschine. Wesentlich ist, dass bei einem Charterflug, der nur mit Abzuschiebenden, mehr als doppelt so vielen Polizisten, einem Arzt sowie MitarbeiterInnen der beteiligten Ausländerbehörden und der europäischen Grenzschutzagentur Frontex besetzt ist, jegliche Öffentlichkeit ausgeschlossen und Widerstand kaum möglich ist.

Proteste auf Linienflügen bei rechtswidrigen Maßnahmen

In Linienflügen kam es in den letzten Jahren des öfteren zu Protesten von Passagieren, und gegen einige laufen z.B. in Frankreich Prozesse deswegen. Wenn PassagierInnen sich weigern, Platz zu nehmen, kann der Flug aus Sicherheitsgründen nicht starten. Außerdem ist möglich, dass das Flugpersonal sich weigert, Abschiebungen durchzuführen. Bei der Air France gab es im Sommer 2007 eine entsprechende Kampagne von GewerkschafterInnen. Die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit empfiehlt ihren Mitgliedern, Betroffene von Abschiebungen zu fragen, ob sie fliegen wollen, und bei der Antwort „nein“ den Transport zu verweigern, da sonst im Fall des Todes oder bei Verletzungen von Abzuschiebenden die PilotIn angeklagt werden könne. Bei speziellen Abschiebe-Charterflügen ist mit solchen Problemen nicht zu rechnen, da ausgesuchtes Personal eingesetzt wird und Misshandlungen unbeobachtet stattfinden können.

Nur im Nachhinein drangen durch Berichte von Abgeschobenen Fakten über den Einsatz von Medikamenten zur „Ruhigstellung“, über Fesselung, Knebelung, Schläge und andere (menschen)rechtswidrige Maßnahmen an Bord der Chartermaschinen an die Öffentlichkeit. Die Behörden rechtfertigen solche Misshandlungen damit, dass die Betroffenen „Straftäter“ seien und „gewalttätig“ wurden. Tatsächlich gilt für Behörden schon der „illegale“ Aufenthalt als Straftat, und Schreie des Protests oder Widerstand gegen Fesselung und Schläge werden als „Gewalt“ bezeichnet – nicht jedoch das, was Flüchtlingen angetan wird.

Frontex plant für 2008 weitere acht bis zehn EU-Sammelabschiebungen. Es ist zu befürchten, dass einige davon ab Hamburg stattfinden sollen.<

¹ Die Reportage ist zu finden unter:
www.zeit.de/2008/03/Abschiebeflug
sowie auf
www.fluechtlingsrat-hamburg.de
unter „Aktuelles“ und dem Datum 15.1.08

Wir mobilisieren für Freitag, den 22.8.08, zum Hamburger Flughafen, um dort in vielfältiger Form unseren Protest und Widerstand gegen solche und andere Abschiebungen zum Ausdruck zu bringen und den Hamburger Airport lahm zu legen, so lange wir können!





Guinea

Abschiebepolizisten verprügelt

Euro-afrikanische Kollaboration und Widerstand

Sechs französische PolizistInnen wurden am 16.08.2007 in Guineas Hauptstadt Conakry am Flughafen von Abgeschobenen, Passagieren und zwei guineischen PolizistInnen verprügelt, als sie dort zwei aus Frankreich deportierte GuineerInnen abliefern. Nach einem Polizeibericht hatten PassagierInnen, die über Misshandlungen der Abgeschobenen empört waren, per Handy ein „Empfangskomitee“ am Flughafen Conakry organisiert. Hinterher seien die Franzosen auf einer Polizeiwache beschimpft worden.

Welche Hintergründe hat dieser Vorfall? Im folgenden Artikel sollen die Zusammenhänge mit den jüngsten Entwicklungen im westafrikanischen Guinea und der EU-Migrationspolitik, insbesondere den Machenschaften französischer und deutscher Abschiebebehörden sowie von Frontex, untersucht werden.

Diplomatische Kontroversen zwischen Frankreich und Guinea

Der Vorfall am Flughafen löste heftige Kontroversen auch auf Regierungsebene aus. Der Vorwurf aus Frankreich ist, die guineische Regierung habe sich nicht entschuldigt, sondern nur ihr Bedauern ausgedrückt. Die guineische Regierung klagt, dass Frankreich als einziges Land

Abschiebungen nach Guinea durchführe, ohne die dortige Regierung im voraus darüber zu informieren.

Bei einem Treffen der französischen MinisterIn für „Einwanderung, nationale Identität und Entwicklung“ und der guineischen PremierministerIn am 28.8.07 ging es neben der Erörterung von Fragen der Entwicklungspolitik um diesen Vorfall. Die guineische MinisterIn versicherte, dass die guineischen PolizistInnen sich nicht gegen ihre französischen KollegInnen gewandt, sondern im Gegenteil diese in Sicherheit gebracht hätten. Es wurde sich darauf geeinigt, die guineischen Behörden im Vorfeld einer Abschiebung zu informieren und künftig Rückführungen besser zu koordinieren.

Vorangegangen waren diesen Ereignissen Auseinandersetzungen über einen seit dem 15.6.07 andauernden Hungerstreik von ca. 60 Sans Papiers in Lille sowie ähnliche Aktionen in Rennes und Toulouse. Auch die beiden Abgeschobenen gehörten zu diesen Sans Papiers.

Die französische EinwanderungsministerIn hatte am 13.8.07 die zuständige Konsulin der guineischen Botschaft aufgefordert, mit Hilfe einer nach



Lille geschickten Dorfältesten die guineischen Sans Papiers zur Beendigung ihres Hungerstreiks zu bewegen. GuineerInnen aus einer bestimmten Region seien die RädelsführerInnen von Aktionen gegen die französische Regierung. Wenn dies nicht beendet werde, gebe es keine Visa und keine Legalisierungen mehr für GuineerInnen. Am 30.8.07 wurde nach Aushandlung eines Kompromisses der Abbruch des Hungerstreiks in Lille gemeldet.

Entwicklungen in Guinea

Die aktuellen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit der Geschichte Guineas und den politischen Entwicklungen seit Jahresbeginn 2007 gesehen werden. Guinea wurde 1958 als erstes westafrikanisches Land von Frankreich unabhängig und wandte sich unter Präsident Sekou Touré scharf von der ehemaligen Kolonialmacht ab und dem „sozialistischen Lager“ zu.

Nach Sekou Tourés Tod 1984 gelangte durch einen Militärputsch Lansana Conté an die Macht, der sich in fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen ließ. Unter seiner Herrschaft öffnete sich Guinea dem Westen und entwickelte sich trotz (oder gerade wegen?) seines Rohstoffreichtums (u.a. Bauxit) zu einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand zum einen in zunehmender Auswanderung, zum andern in einer traditionell starken und inzwischen auch politisch oppositionellen Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck.

Auf einen am 10. Januar 2007 ausgerufenen Generalstreik antwortete Präsident Conté am 9.2.2007 mit der Verhängung des Kriegsrechts. Auf Demonstrationen und bei willkürlichen Hausdurchsuchungen wurden ca. 150 Menschen getötet und Tausende verletzt. Durch Vermittlung der ECOWAS wurde Ende Februar eine neuer Premierminister, der gewerkschaftsnahe Lansana Kouyaté, ernannt (der mittlerweile im Mai entlassen wurde). Präsident Lansana Conté blieb jedoch im Amt, gestützt vor allem auf Teile des Militärs und korrupte BeamtInnen.

Dubiose Delegationen und korrupte Beamte als AbschiebehelferInnen

Ein Beispiel für Korruption und Kollaboration guineischer Staatsbediensteter mit europäischen Abschiebebehörden sind die Besuche dubioser Delegationen aus Guinea, die seit 2005 mehrfach in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, auf den Kanarischen Inseln – dort zusammen mit Frontex-Ermittlern aus Deutschland (FAZ 29.3.07) - und wahrscheinlich auch in weiteren EU-Ländern stattfanden und meist von Protesten begleitet waren. Zweck der Reise von jeweils vier hohen BeamtInnen des guineischen Innen- und Außenministeriums ist die „Identifizierung“ afrikanischer Flüchtlinge als guineische Staatsangehörige und Ausstellung von Papieren für die Abschiebung. Eigentlich ist dies die Aufgabe der Botschaft, die nicht genug „Kooperationsbereitschaft“ zeigte, spricht: nicht jedem afrikanischen Flüchtling, den europäische Behörden zur GuineerIn erklärten, entsprechende Papiere ausstellte. Nun wurden korrupte BeamtInnen eingeflogen, die neben Reisekosten Tagegelder und „Gebühren“ pro Reisepapier in





unbekannter Höhe erhalten und Hunderte von AfrikanerInnen in Ausländerbehörden „interviewten“.

Pikanterweise stellte sich beim dritten Besuch der Delegation in Deutschland heraus, dass ihre LeiterIn als Chefin der Visaabteilung im guineischen Außenministerium sich auch als so genannter „SchleuserIn“ betätigt und ausreisewilligen GuineerInnen für horrenden Beträge Visa und Flugtickets nach Europa besorgt hatte. Nach Zeugenaussagen betroffener Flüchtlinge ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund seit Sommer 2006 in dieser Angelegenheit.

Aufgrund von Protesten betroffener GuineerInnen und einer Oppositionspartei erklärte das guineische Außenministerium in einem Communiqué vom 1.8.07 den Stopp jeder Mission zur Identifizierung und Abschiebung. Vorher müsse ein Abkommen abgeschlossen werden, das die Sorgen Guineas berücksichtige. Nach Mitteilung des BMI vom 08. November 2007 haben inzwischen Gespräche mit der guineischen BotschafterIn stattgefunden. Identifizierungen und Passersatzbeschaffung sollen zukünftig in enger Zusammenarbeit mit der guineischen Botschaft erfolgen. „Rückführungen“ nach Guinea sind laut BMI grundsätzlich wieder möglich, zur Zeit akzeptiert Guinea allerdings nur Abschiebungen im Linienverkehr.

Die guineische Regierung zeigte im übrigen auch „einen positiven Geist der Kooperation“ (EU-Justizkommissar Frattini lt. FAZ vom 29.3.07) bei der Rückübernahme von 350 asiatischen Flüchtlingen eines von Frontex-Booten vor der westafrikanischen Küste gestoppten Schiffs sowie

afrikanischer Flüchtlinge eines im Februar 2007 vor Mauretania in Seenot geratenen Frachters.

Migration als umkämpftes Terrain

All diese Vorfälle zeigen, dass Migration ein Bereich ist, in dem widersprüchliche Interessen eine Rolle spielen: Zuerst das berechnete Interesse der Flüchtlinge und MigrantInnen, selbst entscheiden zu können, wo sie in Sicherheit leben und Geld auch für ihre Verwandtschaft verdienen wollen. Interesse an den Rücküberweisungen (die inzwischen weltweit offiziell fast das Dreifache der „Entwicklungshilfe“ ausmachen) haben nicht nur die Familien der MigrantInnen, sondern ebenfalls die Regierungen der Herkunftsländer. Diese müssten sonst mehr soziale Unruhen fürchten oder die Grundversorgung der Bevölkerung auf andere Weise finanzieren. Auch korrupte Staatsbedienstete haben ein Interesse an Migration, da sie für entsprechendes Geld Ausreisewillige passieren lassen. Dem stehen die Interessen von Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern an Geldern der europäischer Regierungen für Rückübernahmeabkommen und entsprechende Dienstleistungen bei Abschiebungen entgegen. In den EU-Ländern gibt es nicht nur das Interesse der Regierungen, sich unerwünschter Flüchtlinge zu entledigen, sondern auch das Interesse bestimmter Wirtschaftszweige an rechtlosen und damit optimal ausbeutbaren Arbeitskräften. Welche Interessen sich jeweils durchsetzen, hängt nicht zuletzt von politischen Kämpfen ab – z.B. von Opposition und Gewerkschaften im Herkunftsland, aber auch von Flüchtlingen, MigrantInnen und ihren UnterstützerInnen in den Zielländern der Migration. Und hier bleibt noch einiges zu tun.<





Demokratische Republik Kongo (ehem. Zaire)

„Die elektrische Leitungen fliegen wie Wolken über unsere Dörfer, wir haben aber selber keinen Strom.“

Verschuldung als Fluchtursache

Die Verschuldung ist wohl ein endloses Leid für die Bevölkerung der betroffenen Länder. Die Verschuldung ist eine lebenslange Haft für diese Bevölkerung. Sie ist aber eine ungerechte Verurteilung, wenn man weiß, unter welchen sittenwidrigen Umständen diese Schulden gemacht wurden.

Um mit der Ungerechtigkeit, der Straflosigkeit, der Korruption und jedem weiteren Raub, den die Verschuldung darstellt, Schluss zu machen, muss ein Internationales Tribunal her, nach dem Modell des Internationalen Strafgerichtshofs, um über das wirtschaftliche Verbrechen der Verschuldung zu urteilen.

Die Tatsache, dass Millionen von Menschen in der Verschuldung ungerechterweise gefangen bleiben, ist ein Verbrechen. Ich unterstreiche die wichtigen Ausdrücke in meinem kleinen Artikel, damit die LeserInnen verstehen, dass die Verschuldung mehr Tote produziert als in allen Kriegen zusammen.

Um verstehen zu können, muss man in unsere Dörfer kommen und die Tragödien erleben, die aus Geldmangel stattfinden. Ein Elternteil sieht zu, wie sein Kind am Eingang des Krankenhauses stirbt:

dort wird von ihm Geld verlangt, was es nicht hat, oder es kann den Betrag nicht zusammenkriegen, und dieses Elternteil sieht zu, wie sein Kind in seinen Armen stirbt. Diese Kinder, die jeden Tag aus Geldmangel sterben, sind viele, ich wollte gerade sagen, Millionen. Sie sterben, weil der Staat wegen des Schuldendienstes den Zugang zum Gesundheitssystem für die gesamte Bevölkerung nicht gewährleisten kann. Selbstverständlich gibt es in unseren Ländern Klassen, die sich in Europa, Amerika, Südafrika auf Kosten des Staates pflegen lassen. Oft verdienen diese Leute viel Geld, aber für ihre Gesundheitsversorgung bzw. für ihre Unterbringung muss der Staatshaushalt aufkommen. Dies ist eine andere Debatte, über die schreiende Ungleichheit, und dies trotz der „demokratischen Regimes“, welche vom Westen unterstützt werden.

Ich komme auf die Verschuldung und das Desaster für Bevölkerung zurück: der Mangel an trinkbarem Wasser und die sich daraus ergebenden Krankheiten, Malaria, die Atemwegkrankungen, heute auch AIDS. Es sind jedoch leicht zu bekämpfende Krankheiten. Und trotzdem sehen wir zu, wie unsere Kinder daran sterben, trotz des Medienrummels durch die WHO, UNICEF und ver-

Klimacamp

Der Samstag ist in Absprache mit dem Klimacamp der Klimaveränderung gewidmet. Die Klimaveränderung ist eine der zahlreichen Fluchtursachen, insbesondere für die Menschen aus dem Süden. Fluchtursachen sind jedoch auch die Verschuldung der Staaten, die Politik der internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank, die aufgezwungene Landwirtschaftspolitik, die Ausbeutung der vorhandenen natürlichen Ressourcen.



Deutsche Firmen und Unternehmen waren bei der Verschuldung von Zaire zu Zeiten der Mobutu-Diktatur sehr aktiv.

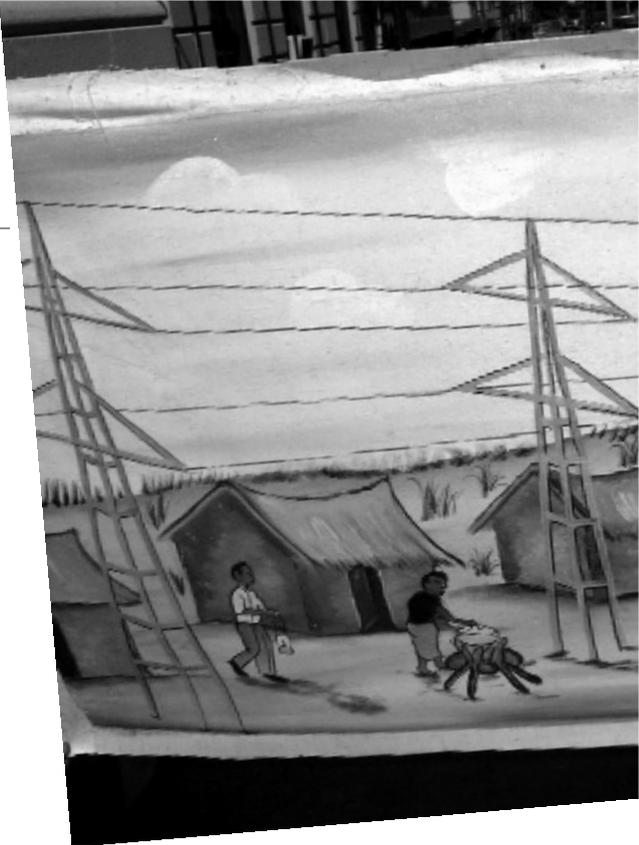
Beim Wasserkraftwerkbau INGA 1 waren die deutschen Firmen Felten-Guillaume (Kabel) und Brown Boveri (Lieferung von Strommasten) beteiligt.

Bei der Finanzierung des Wasserkraftwerkbau INGA 2 war die deutsche Bank Kreditanstalt für Wiederaufbau die zweite Bank mit 93 Mio. Dollar nach der belgischen Générale de Banque (167 Mio. Dollar).

schiedene bilaterale sowie multilaterale Kooperationen über ihre Kämpfe gegen diese Epidemien. Die Lösung dieser Probleme besteht nicht in einer internationalen Spendenfreudigkeit, vielmehr in der Gerechtigkeit und mit Hilfe der Justiz.

Mit Hilfe der Justiz bedeutet: Sagen, warum die reichen Länder diese Länder im infernaln Teufelskreis der Verschuldung halten. Warum sollte nicht die Verantwortung dieser reichen Länder bei der Verschuldung anerkannt werden? Denn wir wissen, dass bei beinahe allen Schulden die Wirtschaftlichkeitsstudien falsch lagen. Und dies ist von den ProjektträgerInnen absichtlich gemacht worden, sie wollten ihr Material verkaufen, ihre TechnikberaterInnen schicken, wenn nicht die natürlichen Ressourcen ausplündern. Ich unterstreiche, dass dies mit der Mittäterschaft der afrikanischen DiktatorInnen geschah, die von den Mächten in Morden gut unterstützt wurden. Aus diesem Grunde befindet sich das Geld von Mobutu in der Schweiz, ohne dass die Schweiz ihre Verantwortung in diesem Raub zugibt. Es gibt nicht nur die Schweiz, es gibt auch welches in Marokko, in Belgien, in Südafrika... Man muss aber all diese Unternehmen und Banken im Norden zitieren (siehe Kasten), die wussten, dass sie in nicht rentable Projekte oder in korrupte Verträge investierten.

Ach... Unsere jetzige Regierung will dieses Tabu-Thema nicht anfassen. Aber nicht nur unsere Regierung, auch die UNO, die über eine Konvention gegen die Korruption verfügt, könnte unseren Staaten helfen, ihr Guthaben wieder zu erlangen. Ich verstehe, die UNO ist krank.



Ich hatte gerade an einer Versammlung in New York teilgenommen, es war eine Konsultation des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) über die Verschuldung, bei der wir nach unserer Meinung über das Thema gefragt wurden: Warum verschlechtert sich die Situation trotz aller Reden, um die Verschuldungskrise zu beenden? Warum sind die Jahrtausendziele gefährdet und wie sollte man handeln, damit die Hilfe wirksam wird und eine Verschuldungskrise bis 2015 vermieden werden kann?

Deswegen habe ich meine Bilder mitgebracht, um zu sagen, dass es z.B. Projekte in Dörfern in Kongo, die von der Stromleitung durchzogen werden und wo die Bevölkerung ohne Strom ist, gibt und die



Samstag/Saturday

Flüchtlinge 23 August



Das Letzte sagt aus, dass wir uns in einer Sackgasse befinden, also Schluss mit unseren Reden.

Victor (Demokratische Republik Kongo, ehemals Zaire) Fortsetzung folgt...

Am Bau der Hochspannungsleitung haben sich Telefunken, Siemens und Brown Boveri beteiligt.

Das nationale Zementwerk in Kimpese in der Provinz Bas-Congo (zwischen Kinshasa und dem Atlantischen Ozean). Daran beteiligt waren das Unternehmen Klöckner-Humboldt-Deutz und die Commerzbank. Aufgrund dunkler Machenschaften wurde dieses Zementwerk zu Zeiten von Mobutu gebaut und eingeweiht, ging jedoch nie in Betrieb.

Holz zum Kochen, Öllampen und Kerzen benutzen. Man darf auf die Entwicklung nicht warten. Der Strom ist dazu da, um das Erz für den Norden zu fördern oder um die Technologie zu verkaufen.

Das andere Bild zeigte, wie man der Bevölkerung nur Brocken abgibt, während das Geld für die Entwicklung freigegeben und von den Verantwortlichen zweckentfremdet wird.

Dann gab es ein Bild über die Justiz mit einer FischerIn darauf, die ein Netz wirft, aber die großen Fische springen heraus, also die WirtschaftsverbrecherInnen werden von der Justiz nicht belangt.



Flüchtlinge



Rom: Welternährungsgipfel

Nach den Hungerrevolten ist vor den Hungerrevolten

Eine Ursachen-Ermittlung

Welche Lösungen für eine Welt, die in bedeutenden Teilen hungert? Das Ringen um Lösungsansätze trieb – jedenfalls offiziell – die hochrangigen TeilnehmerInnen am dreitägigen Welternährungsgipfel Anfang Juni dieses Jahres in Rom um. Die Konferenz unter der Schirmherrschaft der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die vom 3. bis 5. Juni andauerte, versammelte u.a. 50 Staats- und RegierungschefInnen, VertreterInnen der UN und der Weltbank sowie RepräsentantInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Insgesamt kamen 4.800 Delegierte. Doch wird der Ausgang der Konferenz weithin als enttäuschend dargestellt, die am Ende vereinbarte Abschlussvereinbarung gilt als fauler Formelkompromiss, „Minimalvereinbarung“ oder gar Ausdruck eines „totalen Scheiterns“.

Ursprünglich sollte der Gipfel über Auswege aus der Klimakrise und über „Bioenergien“ beraten. Aber dann brachen, von Februar bis April, heftige Hungerrevolten in mehreren afrikanischen Ländern sowie in Haiti aus, die die dortigen Regierungen zum Abdanken – im Falle Haitis – oder zu Zugeständnissen zwangen und international Aufmerksamkeit erweckten. Die aber auch wie im Falle der Unruhen in Kamerun von Ende Februar mutmaßlich bis zu fast 200 Tote, vor allem durch Schusswaffeneinsatz der Polizei, kosteten. Was aber sind die Ursachen dafür?

Zu den Ursachen (oder einigen der Ursachen) des Preisanstiegs bei Nahrungsmitteln

Die aktuelle Ernährungskrise, von der laut den Vereinten Nationen 38 Länder (mehrheitlich in Afrika) bedroht sind, hat ihre Ursache nicht in einer Verknappung des materiell vorhandenen und zur

Verfügung stehenden Nahrungsmittelangebots im Weltmaßstab. Die Schwierigkeit für die betroffenen Bevölkerungen resultiert nicht aus einem objektiven Mangel an verfügbaren Nahrungsmitteln (auf planetarer Ebene), sondern aus dem dramatischen Preisanstieg, der wachsenden Bevölkerungsteilen den Zugang zu ihnen - jedenfalls in ausreichendem Maße - verbaut.

Dieser Preisanstieg wiederum ist eine direkte Konsequenz aus den aktuellen Verwerfungen in der Weltwirtschaft. Einerseits hat der industrielle Boom in asiatischen Ländern wie China (und Indien) dazu geführt, dass deren Bedarf an - teilweise im Ausland eingekauften - Nahrungsmitteln gestiegen ist. Denn ein wachsender Teil der Bevölkerung ist nicht mehr in der Landwirtschaft tätig, so dass zunehmend mehr nicht im Agrarsektor arbeitende Beschäftigte durch die in- und ausländische Agrarproduktion ernährt werden müssen.



MD: 4:47
SA: 6:14
AD: 20:30
SU: 21.56



Flucht ins Ausland

Samstag/Saturday

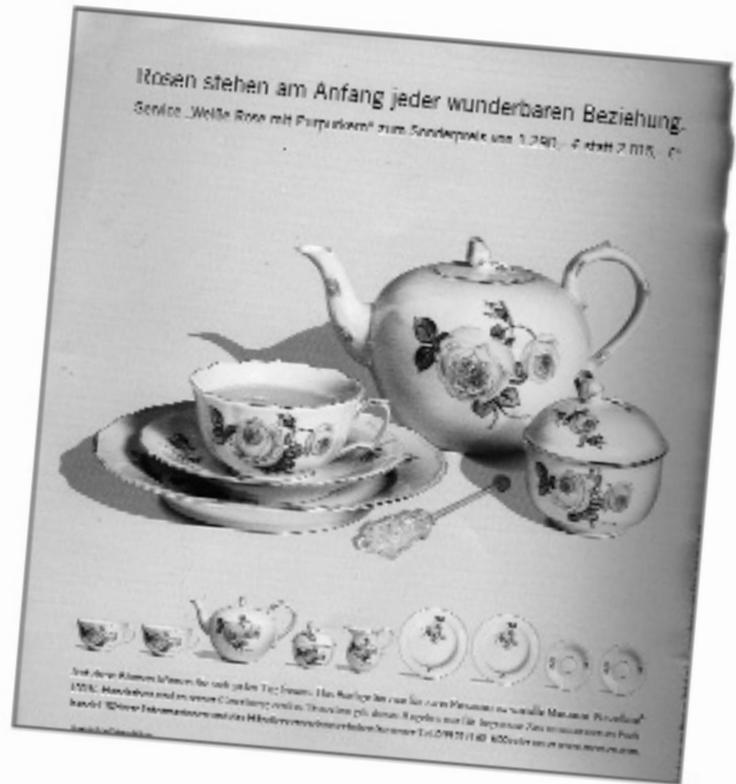
23
August

Thailand, einer der größten Reisproduzenten in der Region, kommt der gewachsenen grenzüberschreitenden Nachfrage kaum noch hinterher. Und Indonesien hat die Ausfuhr von Reis über seine Landesgrenzen hinweg starken Beschränkungen unterworfen. Unterdessen fiel in Bangladesh ein Großteil der heimischen Reisproduktion im vorigen Jahr durch Überschwemmungen und Naturkatastrophen aus, so dass auch hier Millionen Hungrige durch Importe ernährt werden müssen.

Aus all dem resultiert ein wachsender Einkauf von Nahrungsmitteln auf den internationalen Märkten. Zudem bestimmte Produkte, die bislang in China kaum konsumiert worden waren, wie etwa Kuhmilch und Milchprodukte (Yoghurt, Käse etc.), bei den dortigen Mittelklassen nunmehr in Mode und total angesagt sind. Auch der Fleischkonsum ist gewachsen. So konsumierten die ChinesInnen in den achtziger Jahren noch durchschnittlich 20 Kilo Fleisch pro Jahr, heute sind es 50 Kilogramm. Aber um ein Kilogramm Fleisch zu produzieren, werden sieben Kilo Getreide benötigt. Durch die wachsende Nachfrage sinken wiederum die weltweiten Vorräte an eingelagertem Getreide, so dass Preissteigerungen sich unmittelbar und brutal auf die Märkte auswirken.

Zweitens kommt der hoch stehende Rohölpreis hinzu, der zum Teil durch die kriegerischen Ereignissen im Mittleren Osten und das Chaos im besetzten Iraq, zum Teil aber aus Kapitalspekulation zu erklären ist. Er führt zu einer Verteuerung der Transportkosten bei allem, was beispielsweise auf den Weltmeeren hin- und hergeschippert wird. Aber auch zu einer Verteuerung etwa von Düngemitteln in der Agrarwirtschaft, die auf Erdölbasis in chemischen Fabriken hergestellt werden. Zudem

wird der Preis bestimmter Produkte, etwa des in Westafrika und insbesondere in Kamerun zum Kochen benutzten Palmöls, direkt an den Erdölpreis angepasst; darum stieg der Palmölpreis in Kamerun in den zurückliegenden Monaten (laut



Flucht machen



einer Tabelle des Magazins Jeune Afrique, die vor zwei Monaten erschien, zur Berechnung des Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln) um 140 Prozent.

Zum Dritten hat ein Zufluss von spekulativ angelegtem und nach rascher, spürbarer Erhöhung der Gewinne strebendem Kapital auf die Weltmärkte für bestimmte Güter stattgefunden – nachdem es vom niedergehenden Immobilienmarkt in den USA und anderen Ländern abgezogen worden ist. Das gilt für Erdöl und für Gold, aber eben auch für den internationalen Weizenmarkt.

Die durch Spekulation angeheizte Nachfrage drückt die Preise nach oben. Jenes Kapital, das bislang an der Börse und in die Aktien von großen börsennotierten Unternehmen investiert worden war und vorwiegend für das bei Letzteren arbeitende Personal den (Produktivitäts-)Druck erhöht hat, fließt jetzt in andere Sektoren. Dort, wo es beispielsweise dazu beiträgt, den Weizenpreis nach oben zu treiben, um höheren Gewinn abzuwerfen, weitet es denn bislang auf das Personal bestimmter Unternehmen ausgeübten Druck nunmehr - in anderer Form - auf andere Bevölkerungskreise aus. Für Teile der Weltbevölkerung bedeutet dies, dass sie ihre unmittelbaren Bedürfnisse kaum noch befriedigen können.

Ein dritter wichtiger Faktor liegt darin begründet, dass so genannte Biotreibstoffe oder „Agrosprit“ in den westlichen Ländern in Mode gekommen sind, unter anderem zwecks Substitution von Erdöl in den Treibstoffen für Kraftfahrzeuge. Deswegen werden wachsende Anbauflächen, in Ländern wie Brasilien, dafür reserviert. Und stehen aus diesem

Grunde für die Erzeugung von Nahrungsmitteln nicht mehr zur Verfügung. Die vermeintliche Umweltfreundlichkeit dieser Kraftstoffe entpuppt sich jetzt als mit gefährlichen Nebenwirkungen verbunden.<

Die französische Wirtschaftstageszeitung Les Echos titelte Ende Mai: „Die Welt ist zu hohen Agrarpreisen verurteilt“. Unter Berufung auf die OECD und die UN-Welternährungsorganisation FAO schrieb die Zeitung dazu, voraussichtlich würden die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit in den nächsten zehn Jahren hoch bleiben.





Flüchtling machen

أولئك الذين لا يستطيعون العودة إلى بلادهم

Mali: Tagung der Abgeschobenen

Appell von Bamako

Dokumentation

Am 15. und 16. März 2008 wurde von der malischen Organisation von Abgeschobenen (Association Malienne des Expulsés) und ihren UnterstützerInnen eine Tagung organisiert, an der ca. 200 Menschen teilnahmen. Im Folgenden wird der Appell der TagungsteilnehmerInnen leicht gekürzt dokumentiert:

Auf internationaler Ebene verschlechtert sich die Rechtslage von MigrantInnen. Die Einwanderungsgesetze verschärfen sich immer weiter infolge der verstärkten Repression, der Zusammenarbeit in der Abwehr der Flüchtlingsströme und der Auslagerung der europäischen Grenzkontrollen.

Die Umsetzung des Programms von Den Haag 2004 (Auslagerung der Grenzkontrollen) hat auch zu einer verstärkten Repression gegen MigrantInnen in Europa geführt. Dieses Programm macht die Transitländer zur Grenzpolizei Europas - es wird regelrecht Krieg gegen MigrantInnen geführt. Die SoldatInnen sind dabei die afrikanischen Staaten und die europäische Grenzschutzagentur Frontex, der bewaffnete Arm Europas. Die ersten Opfer dieses Kriegs sind die „Reisenden ohne Visum“, die beim Versuch, die europäische Grenze zu erreichen, Schreckliches erleiden, und durch die Behörden der afrikanischen Transitländer zutiefst gedemütigt werden, wenn sie nach Mali zurückgeschoben werden.

Die EU-Richtlinie zur Rückkehr, über die im Mai abgestimmt wird, sieht die Möglichkeit vor, Personen ohne gültigen Aufenthalt 18 Monate zu inhaftieren und bei einer Abschiebung von Sans Papiers eine Einreiseperrre für Europa von fünf Jahren zu verhängen.

Die EU und besonders Frankreich nutzen die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von finanziellen Investitionen aus, um ihre Einwanderungspolitik durchzusetzen. Aber diese Gelder entsprechen nicht einmal dem Bedarf unserer Länder, wie die Tatsache zeigt, dass der finanzielle Beitrag der im Ausland lebenden Malier zur Entwicklung in Mali höher ist als die so genannte Entwicklungshilfe. Diese Zahlungen, die Entwicklungsprojekten zugute kommen sollen, werden in Wirklichkeit zur Kontrolle der Flüchtlingsströme verwendet: 10 Millionen Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfond fließen in das geplante Zentrum für Information und Verwaltung der Auswanderung aus Mali, das dafür zuständig ist, Migration zu bekämpfen und Migrationsströme zu kontrollieren. (...)



S. S. S. S. S.
07. 2008

„Auch ein Sans-Papier kann Widerstand leisten, Herr Präsident!“



Flüchtlinge machen



Sans Papiers, Abgeschobene und Zurückgeschobene haben angefangen, sich in verschiedenen Gruppen in Europa und Mali zu organisieren. Sie treten aus dem Verborgenen heraus, sie schämen sich nicht mehr und sie haben beschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen. Wir müssen diese Mobilisierung ausweiten und nicht mehr nur Abschiebungen verurteilen, sondern gleichzeitig unsere Rechte einfordern.

Wir fordern vom Staat Mali:

die bilateralen Rückübernahmeabkommen mit dem französischen und spanischen Staat nicht zu unterzeichnen, die zu einer Beschränkung der Einwanderung auf ausgewählte ImmigrantInnen und zur Ausweitung der Abschiebungen von malischen ArbeiterInnen ohne Papiere führen würden - seine Konsulate aufzufordern, keine Laissez-passer mehr auszustellen, die die Abschiebung von Maliern erleichtern

die Legalisierung aller Arbeiter ohne Papiere zu fordern

Familienzusammenführung zu verlangen

vom französischen Staat die Rückgabe des Besitzes der Abgeschobenen zu fordern, und dass sie von ihren Rechten Gebrauch machen können, die sie durch ihre Beitragszahlungen erworben haben

die Richtlinie der Europäischen Union zur Rückführung zu verurteilen, die eine regelrechte Demütigung der afrikanischen Völker ist

die Zusammenarbeit mit der Grenzschutzagentur Frontex abzulehnen, die gegründet wurde, um die Kontrolle der europäischen Grenzen auszulagern

zu fordern, dass das Zentrum für Information und Verwaltung der Auswanderung nicht eröffnet wird und die vorgesehenen Gelder in die Unterstützung der abgeschobenen und zurückgeschobenen Personen fließen

allen Abgeschobenen und Zurückgeschobenen Unterstützung zu leisten, die ja nur versucht haben, nach Europa zu gehen, um ihren Familien, und damit ihrem Land, zu helfen, sich zu entwickeln

ein paritätisch besetztes Komitee zu gründen, bestehend aus Regierungsvertretern und Abgeschobenen, um die erlittenen Schäden abzuschätzen

Wir wünschen uns, dass wir nach diesen Tagen, die uns stärker verbunden haben, gemeinsam weiterkämpfen werden.

Wir fordern alle Abgeschobenen auf, sich uns anzuschließen und massiv zu mobilisieren.

*Bamako, der 16. März 2008
unterstützt von den anwesenden Organisationen*



MD: 4:49
SA: 6:15
AD: 20:28
SU: 21:54



Adressen

Behörden

Zentrale Ausländerbehörde Hamburg

Amsinckstraße 28
20097 Hamburg
Tel.: 040-42839-2298
Fax: 040-42839-2966

Leiter: Michael Mohr
Tel.: 040-42839-3511
Fax: 040-42839-3510
*Abschnitt
Rückführungsange-
legenheiten*

Leiter: Carsten Mahlke
Tel.: 040-42839-2280
Fax: 040-42839-3510
e-mail: service.asyl@bfi-e.hamburg.de

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do und Fr
8.00-13.00 Uhr

Zentrale Erstaufnahmeeinrich- tung (ZEA) Hamburg

Sportallee 70
22335 Hamburg
Leiter: Michael Johst
Tel.: 040-42835-5008
Fax: 040-42835-5011
*Projekt Zentrale
Erstaufnahme*

Leiter: Gunnar Eisold:
Tel.: 040-42839-2288
*Fördern&Wohnen
(Unterbringung):*
Tel.: 040-42835-5040

Erstaufnahmeeinrich- tung Nostorf (Horst)

Nostorfer Straße
19258 Nostorf
Tel.: 038847-37-111 -
200 -151

Landesamt für Innere Angelegenheiten:

Tel.: 038847-37-0 -124

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Außenstelle Hamburg
Sachsenstraße 12+14
20097 Hamburg
Tel.: 040-23501-0
Fax: 040-23501-199

Wasserschutzpolizei

*zuständig für Blinde
Passagiere*
WSR1 Waltershof
Tel.: 040-42866-0
WSR2 Rossdamm 10
Tel.: 040-42866-5110
WSR 23 -251
Tel.: 040-42866-5210

Schiffsmeldedienst

Tel.: 040-741154-0

Abschiebehaft: Untersuchungshaft- anstalt (UG)

Holstenglacis 3-5
20355 Hamburg
Tel.: 040-42829-0

JVA Fuhlsbüttel

„Santa Fu“
Suhrenkamp 92
22335 Hamburg
Tel.: 040-428001-0
Fax: 040-428001-149
Abschiebeabteilung:
Tel.: 040-428001-204

JVA Hahnöfersand für männliche Jugendliche

21635 Hahnöfersand
Post Jork
Tel.: 040-42836-0
Fax: 040-42836-204

Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel

Flughafenstr. 1-3
22335 Hamburg
Tel.: 040-5075-0
www.ham.airport.de

Bundespolizei am Flughafen:

Tel.: 040-50027-0 -106 -
120
Tel.: 040-50027-133 135
-141 (Meyer)
Fax: 040-594989
Leiter: Volker Meyer
e-mail:
[Volker.Meyer@polizei.bu
nd.de](mailto:Volker.Meyer@polizei.bu
nd.de)

Abschiebezellen am Flughafen:

Tel.: 040-5075-2040

Modellschau und Rundfahrten- anmeldung:

Tel.: 040-507 526 44



Adressen

Charterfluggesellschaften die Abschiebungen durchführen:

HAMBURG international

Luftverkehrsgesellschaft
mbH&Co. Betriebs KG
Hindenburgstraße 171
22297 Hamburg
Tel.: 040-500 501-0
Fax: 040-500 501-11

Kontaktadresse für Reisebüros und Passagiere :

HAMBURG international
Falkenbergpark
Paradiesstraße 206b
12526 Berlin
Tel.: 030-319 881 912-14
Fax: 030-319 881 920
www.hamburg-international.de/neu/english/gesellschaft.html

LTU

2007 von Air Berlin gekauft, Abschiebungen aus Düsseldorf in die Türkei nach Belgrad und Pristina/Kosovo

LTU Crewraum:
Flughafenstr. 1
22335 Hamburg
Tel.: 040-500 486 31

LTU Touristik GmbH:
Flughafenstr. 1
22335 Hamburg
Fax: 040-500 00 32

Zentrale:
LTU Lufttransport Unternehmen GmbH
Wiesenstr. 21
40549 Düsseldorf
Tel.: 0211-500 802 65

ZAGROS AIR

Abschiebungen nach Irak eigentlich keine Charter da regelmäßige Passagierflüge von Frankfurt aus; abgescho-

ALIRAQ Aviation-Travel

GSA Zagros Air
W.-Leuschner Str. 7
60329 Frankfurt a. Main
Tel.: 069-695 977 0
Fax: 069-695 973 730
069-680 917 67

HELLO

Abschiebungen nach Afrika z.B. 18.9.06 und 10.9.07 ab Hamburg, schweizerische Fluggesellschaft die in Deutschland scheinbar keine Firmenadresse hat
www.hello.ch

Außerdem finden weiterhin Abschiebungen mit Linienflügen z.B. der Lufthansa Air France/ KLM u.a. statt.

Adressen zur Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Hamburg:

Café Exil
unabhängige Anlaufstelle gegenüber der Zentralen Ausländerbehörde
Spaldingstraße 41
20097 Hamburg
Tel./Fax: 040-2368216
www.cafeexil.nadir.org

Flüchtlingsrat Hamburg
c/o Werkstatt 3
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: 040-431587
Fax: 040-4304490
www.fluechtlingsrat-hamburg.de





fluchtpunkt

Beratungsstelle

Eifflerstraße 3

22769 Hamburg

Tel.: 040-43250080

Fax: 040-43250075

www.fluchtpunkt-hh.de

Medizinische

Vermittlungs- und Beratungsstelle

Hospitalstraße 109

(1.Stock Raum 4)

22767 Hamburg

Tel.: 040-385739

Öffnungszeiten:

Mo: 15.00 -18.00 Uhr

Gewerkschaftliche

Anlaufstelle für

MigrantInnen ohne

gesicherten

Aufenthalt

Verdi-Center

Besenbinderhof 56

20097 Hamburg

Tel.: 040-28584138

Öffnungszeiten:

Di: 10.00-14.00 Uhr

migrar.verdi@verdi.de

Karawane-Café in der B5

Brigittenstraße 5

20359 Hamburg

Tel.: 040-431890-37

Fax: 040-431890-37-38

www.thecaravan.org

mujeres sin fronteras

muttersprachliche

Beratung für Frauen und

Transsexuelle auf spa-

nisch und portugiesisch

Hospitalstr. 95 (Eingang

durch den Hinterhof)

22767 Hamburg

Tel.: 040-80 607 362

Beratungszeiten:

Mo: 12.00 - 15.30 Uhr

Do: 18.00 - 20.00 Uhr

Africa-Club e.V.

Integrationszentrum

Norderreihe 63

22767 Hamburg

Tel./Fax: 040-40185113

africaclubhh@yahoo.de

www.africa-club.de

Afghanistan-Netzwerk

[info@netzwerk-](mailto:info@netzwerk-afghanistan.info)

afghanistan.info

GEW-

Bleiberechtsausschuss

bleiberecht-

gewhh@gmx.de

Beratungsstelle

Fairness in Horst

Tel.: 0178-1874597

Sprechzeiten:

Di: 9.00-15.00 Uhr

Projekt des

Flüchtlingsrats

Mecklenburg-

Vorpommern

Tel: 0385-5815790

www.fluechtlingsrat-

mv.de

Lübeck:

www.fluechtlings-

forum.de

www.lebenslaute.de

F.I.B.

Flüchtlingsinitiative

Brandenburg

c/o Flüchtlingsrat

Brandenburg

R.-Breidscheidstr. 164

14482 Potsdam

Überregionale und transnationale Organisationen und Websites

Camp-Website:

camp08.antira.info

kleine Auswahl weiterer Adressen alphabetisch:

www.borderline-europe.de

www.expulsesmaliens.org

www.migreurop.org

www.noborder.org

www.no-racism.net

www.proasyl.de

www.thevoiceforum.org

www.thecaravan.org

www.hinterland-magazin.de

weitere Links auf

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

noborder-camp im Sommer 2008:

Dikili-Türkey noborder camp

ab 15. September 2008

<http://no-racism.net/article/2508>

dikili2008

sinirkampi@hotmail.com





AntiraSommerCamp08

Freitag, 15.8.08

Campaufbau

Zupackende Hände & Köpfe sehr erwünscht!

offizieller Beginn des Antira-SommerCamps ist erst am Samstag!

Samstag, 16.8.08



Here we are

Begrüßungsaktion in der Hamburger Innenstadt zusammen mit dem Klimacamp



A Wall Is A Screen

antirassistisches Wandvideo im Campviertel

Sonntag, 17.8.08



Besuch im Flüchtlingslager Horst *gemeinsame Rückfahrt zum:*



Community-Festival „Global Pass“-Fest & Antirassistisches Fußballturnier im Hamburger Stadtpark

Montag, 18.8.08



Frühspport: Die Schnitzeljagd zum Kennenlernen der Stadt



Tag gegen den rassistischen Normalzustand



Infoveranstaltung zu Frontex

Dienstag, 19.8.08



Demonstration gegen

Frontex *Fahrt nach Lübeck und Aktion an der Bundespolizeiakademie, in der Frontex ausbildet*

Mittwoch, 20.8.08



Aktion gegen den Bau des Ilisu-Staudamms in Hasankeyf/Türkei.

Brückenaktion beider Camps!



Fluchtursachen

Veranstaltung mit Victor Nzuzi, (DR Kongo)

Donnerstag, 21.8.08



Aktionen gegen Abschiebungen

an der Ausländerbehörde, bei einer Abschiebe-Airline, an der Lufthansa-Basis, bei der Anlaufstelle Sportallee, vor der Davidswache *gegen rassistische Polizeikontrollen*

Freitag, 22.8.08



Fluten des Abschiebe-Flughafens

Ob adrett im Smoking, touristisch mit Rollkofferchen, laut durch Soundanlage, plakativ mit Transpis, wütend mit Sonnenbrille, bunt als Clowns

Samstag, 23.8.08



AntiraSommerCamp goes gegenstrom08 Party



PartyOrt noch unbekannt

Sonntag, 23.8.08

Campabbau

Zupackende Hände & Köpfe sehr erwünscht!



MD: 4:49
SA: 6:15
AD: 20:28
SU: 21:54



Programm

KlimaCamp08

Freitag, 15.8.08

Campaufbau

Zupackende Hände & Köpfe
sehr erwünscht!

Eröffnungsplenum

am Abend

Samstag, 16.8.08

Here we are

Begrüßungsaktion in der
Innenstadt *zusammen mit dem
AntiraSommerCamp*

Was heißt Klima und Klima- wandel aus der Perspektive von Bewegung betrachtet?

Abendveranstaltung

Sonntag, 17.8.08

Globale Soziale Rechte

Zu den sozialen Folgen des
Klimawandels und den
Auswirkungen u.a. auf
Migrationsbewegungen
*Brückenveranstaltung beider
Camps*

Montag, 18.8.08

Reclaim your Market!

Supermarkt-Aktion
Brückenaktion beider Camps

Globale Landwirtschaft & Klimawandel

Abendveranstaltung

Dienstag 19.8.08

Aktionen zu globaler Land- wirtschaft & Klimawandel

Datumsänderung noch möglich!

Mittwoch, 20.8.08

Dezentraler Klimaaktionstag

moin moin Moorburg

Konzerte, Fest und große
Infoveranstaltung zu gegen-
strom08 *im Stadtteil
Wilhelmsburg*

Donnerstag, 21.8.08

Energie, Sicherheit, Transport, Ressourcenkriege

Abendveranstaltung

Blockadetrainings

für fluten 3.0. und gegen-
strom08 *den ganzen Tag*

Freitag, 22.8.08

KlimaCamp goes Fluten 3.0.

Blockadetraining
für gegenstrom08
den ganzen Tag

Samstag, 23.8.08

gegenstrom08

Bauplatzbesetzung der
Kohlekraftwerkbaustelle in
Hamburg-Moorburg

PartyOrt noch unbekannt

Sonntag, 24.8.08

Fortsetzung gegenstrom08

Campabbau

Zupackende Hände & Köpfe
sehr erwünscht!



Programm



MD: 4:49
SA: 6:15
AD: 20:28
SU: 21:54

Radios mitbringen!

atmospheric_disorder heißt die außerordentliche Camp-Radio-Sendung jeweils täglich zweimal in der Hamburger Lokalwelle *Freies Sender Kombinat (FSK)*. Vormittags von 10 bis 12 Uhr und am frühen Abend von 20 bis 22 Uhr. *atmospheric_disorder* ist mit einem Radiozelt auf dem Campgelände und in der Luft in UKW 93,0 MHz, im Kabel in 101,4 MHz und unter: www.fsk-hh.org/livestream.atmospheric_disorder nur während der Camps täglich vom 15. August bis 24. August.

einschalten!



Volxküche auf den Camps

Die Verpflegung wird durch drei mobile Küchen gemacht: Le Sabot, Food for Action und die Volxküche aus Hannover. Wir werden uns auf einem zentralen Platz auf dem Campgelände aufstellen. Es ist wichtig, dass Menschen sich verbindlich einbringen. Am besten wäre es wenn jede Gruppe bzw. jeder Zusammenhang je nach Grösse für einen ganzen Tag oder eine Mahlzeit kochen könnte und sich so an der Vokü beteiligt. Natürlich werden wir anleiten, koordinieren und mitkochen, wir sind aber kein Catering-Service. Wir finden es richtig und wichtig, Machtstrukturen anzugreifen und sich gegen Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Das ist auf viele Arten möglich, wir machen das, indem wir bei Treffen und Aktionen kochen und so einen Teil der Infrastruktur stellen. Die Verpflegung soll vegan und mit möglichst vielen Produkten aus regionalem und biologischem Anbau sein. Bei unserem Einkauf achten wir darauf, dass die Produkte möglichst fair gehandelt und unter möglichst würdigen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Wenn möglich, sollte eigenes Geschirr mitgebracht werden.

Wir machen den Widerstand Fett!



MD: 4:49
SA: 6:15
AD: 20:28
SU: 21:54



Impressum

Zeichnen auf der Flucht

Die Zeichnungen und Karikaturen (Seite: 27, 38, 42, 55) sind von Said, aus Algerien, den wir beim no border camp in Jena und Straßburg kennen gelernt hatten. Sais Asylantrag wurde in Deutschland nicht anerkannt und er wurde abgeschoben. Da er in seinem Land politisch verfolgt ist, reist er seit fünf Jahren von Land zu Land, auf der Suche nach einem Ort, wo sein Asylantrag ernst genommen wird.

Seine Karikaturen, die seine Erlebnisse unterwegs dokumentieren, hat er für unseren Reader gemacht, wir wünschen, dass Said endlich ein Land findet, wo er willkommen ist. Und wo er in Ruhe weiter Karikaturen machen kann, und zwar nicht nur aus Flucht- und Gefängnis Erlebnissen.

Die andere Zeichnungen sind von einem afghanischen Zeichner, Qayum, der eine zeitlang in Patras im Lager gelebt hat und auch seine Erlebnisse für uns gezeichnet hat. Wir wünschen ihm auch viel Glück auf seinen Reisen und dass er endlich ankommt!

Textredaktion: Die Reader-Redaktion gegen den rassistischen Normalzustand

Gestaltung und Schlussredaktion: Matthias Weinzierl, Ralf Homann

V.i.S.d.P: Flüchtlingsrat Hamburg e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Der CampReader wurde gedruckt mit freundlichen Unterstützung von:

**Hans Böckler
Stiftung**

Fürsten für einen fairen Arbeitsmarkt



S, SAID
2008



S, SAID
2008

antiracist
camp
hamburg
16.-24.8.2008

